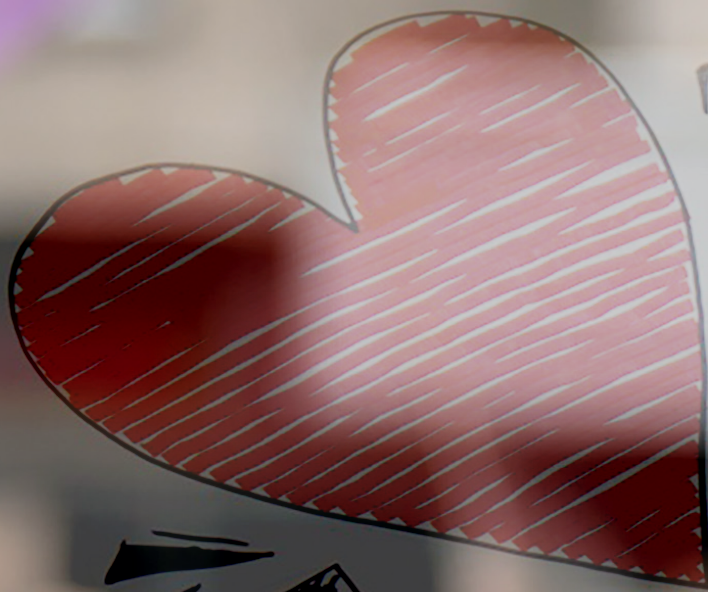


alternative

eip

Zeitschrift der Unabhängigen Gewerkschaftsfraktion



SCHWERPUNKT

LINKS UND RECHTS

Warum das Gerede über das
Verschwimmen dieser Grenzen
nicht zielführend ist

2024
~ 03 UJG

4

Wir stellen vor
Saskia Dullnig, Raphael
Altrichter, Florian Schall

5

Kolumne von
Veronika Litschel
Lohnnebenkosten – immer
die gleiche Leier

6/7

Vera Koller zur Kategorie Links
und ihrer Entstehung

8/9

Rechtsextrem und
linkradikal – wichtige
Differenzierungen von
Stefan Steindl

10–13

Wolfgang Weber über Rechts-
extremismus, seine Ursachen
und Gegenkonzepte

14/15

Interview mit **Natascha Strobl**
zur Neuen Rechten und der
Mitte

16/17

Illustration von
Jasmin Rehrbacher

18/19

Debatte
Social Media und
Hasskommentare von
Sonja Müllner und
Florian Schall

20/21

Internationales
Schwerpunkt Deutschland
Beiträge von
Veronika Litschel und **Leonore**
Beranek

21

Arbeitsrechtskolumne von
Vera Koller zu gesunder
Vollzeitarbeit

22–25

Meinungen von **Lena**
Paulensteiner, **Hannes**
Grünbichler, **Ludovico Lucent**
und **René Schuster**

26/27

UG Universum
Wirtschaftsdemokratie,
Wahlerfolge, Renaturierung

28/29

Notizen
aus Gewerkschaft
und NGO

30/31

Danke Much
Rückblick auf 47 Jahre
Alternative Cartoons

IMPRESSUM

Medieninhaberin, Verlegerin: Alternative und Grüne GewerkschafterInnen (AUGE/UG), Herausgeberin: Unabhängige Gewerkschaftsfraktion für mehr Demokratie im ÖGB (UG), Redaktion: Renate Vodnek & Vera Koller; Adresse: Alle 1040, Belvederegasse 10/1, Telefon: (01) 505 19 52-0, E-Mail für Abonnement: auge@ug-oegb.at, Redaktion: alternative@ug-oegb.at, Internet: www.ug-oegb.at, Bankverbindung IBAN AT30 1400 0001 1022 8775, IC: BAWAATWW. Dass namentlich gezeichnete Beiträge nicht unbedingt der Meinung der Redaktion und der Herausgeberin entsprechen müssen, versteht sich von selbst. Titel und Zwischentitel fallen in die Verantwortung der Redaktion, Cartoons in die Freiheit der Kunst. Textnachdruck mit Quellenangabe gestattet, das Copyright des Cartoons liegt bei den Künstler:innen.

DVR 05 57 021. ISSN 1023-2702



Editorial

Weiter kämpfen

Die Wahl ist geschlagen, das Ergebnis erschreckend. Anscheinend können mit billiger Polemik und Sündenbockmentalität Mehrheiten erreicht werden. Jetzt geht es darum, eine rechte und extreme Regierung zu verhindern, wie komplex dies auch immer ausfallen wird.

Aber selbst wenn das gelingen sollte, bleibt noch viel zu tun. Der Angriff auf die Lohnnebenkosten, auf Teilzeitarbeit, auf die Sozialleistungen, ja auch auf eine starke Arbeitnehmer:innenvertretung selbst sind Programm bei ÖVP und NEOS. Dagegen heißt es laut zu bleiben.

In dieser Ausgabe beschäftigen wir uns aus gegebenem Anlass mit Extremismus und den politischen Kategorien links und rechts. Dabei geht es darum, einen Blick auf das zunehmende Verschwimmen dieser Positionierungen und die Gründe dahinter zu werfen. Und zu überlegen, warum diese Tendenzen nicht zielführend sind. Darüber hinaus werfen wir einen Blick nach Deutschland und die dortigen politischen Entwicklungen.

Die Lage ist unerfreulich, Klimaschutz wurde trotz der verheerenden Unwetter von der Mehrheit der Wähler:innen als nicht zentral erachtet. Nicht so bei uns. Die Herausforderungen liegen auf dem Tisch, sei es bei der Bodenversiegelung, bei erneuerbaren Energien oder einer anderen Mobilität und einer gerechten Arbeitswelt. Gemeinsam für eine sozial gerechte Transformation, das bleibt unser Ziel.

Solidarische Grüße
Marion Polaschek

Kennst du schon...?

In der Rubrik stellen wir (neue) Betriebsrät:innen, Personalvertreter:innen und Aktivist:innen der Unabhängigen Gewerkschaftsfraktion vor.

Raphael Altrichter

Mein Name ist Raphael Altrichter, aber die meisten nennen mich Raphi. Von der Gründung bis 2022 war ich ehrenamtlich bei Fridays for Future für Social Media verantwortlich. Nach der Schule drängte mich meine Mutter, eigenständig für meine Miete zu sorgen. So begann ich eine Lehre in einem IT-Konzern, merkte jedoch schnell, dass Konzerne nichts für mich sind – zu groß, zu kapitalistisch und wenig mitarbeiterorientiert. Nach drei Jahren und abgeschlossener Ausbildung entschied ich mich, zurück zu meinen Wurzeln zu gehen.

Auf der Suche nach einem Job, der meinen Werten entspricht, fand ich meinen Platz bei der AUG/UG Wien, einer Organisation, hinter deren Zielen ich voll und ganz stehe.

Schon immer hatte ich ein Interesse an Geschichte. Beim Ausräumen der Wohnung meiner Oma fand ich eine Kiste mit alten FÖJ- und KP-Ausweisen. Da erinnerte ich mich: Der FÖJ-Chor trifft sich alle zwei Wochen in unserem Büro zum Singen. Ab und zu gehe ich mit meinem Freund hin, und wir singen gemeinsam Arbeiter:innen-Lieder. So schließt sich für mich der Kreis.

Saskia Dullnig

Ich wurde 1986 in Kärnten, in St. Veit an der Glan, geboren. Vor meinem Beitritt zur Polizei 2011 studierte ich Psychologie an der Universität Klagenfurt, jedoch ohne akademischen Titel und mit vielen, vielen Nebenjobs, die mir einiges an Lebenserfahrung brachten.

Seit 2013 versee ich Außendienst in der Polizeiinspektion St. Veit an der Glan, mittlerweile mit Schwerpunkt Kriminaldienst. Zur Personalvertretung und Gewerkschaftsarbeit bin ich gekommen, weil ich die leidvolle Erfahrung gemacht habe, dass innerhalb der Polizei zu viel Politik (egal welche „Couleur“) Einzug gehalten hat.

Personalvertretung bedeutet für mich in erster Linie die teils „mafiösen“ Strukturen der vorherrschenden Fraktionen zu durchbrechen. Für mich ist es wichtig, dass die Politik in der Polizeiarbeit sowie bei Besetzungen keine Rolle spielen. Die für mich einzige Möglichkeit dazu bietet die UGOED, der ich mich mit Freude angeschlossen habe und die uns den Rücken stärkt. Außerdem ist es mir ein Anliegen, für ALLE Kolleg:innen ein offenes Ohr zu haben und ihnen unabhängig ihres Wahlverhaltens zu helfen.

Für die Zukunft wünsche ich mir, dass sich noch mehr „Leidensgenossinnen“ unserer Fraktion WIKO/UG (Wir für KollegInnen) anschließen bzw. uns bei den Personalvertretungswahlen eine Chance geben, damit wir innerhalb der Polizei weiterwachsen können.

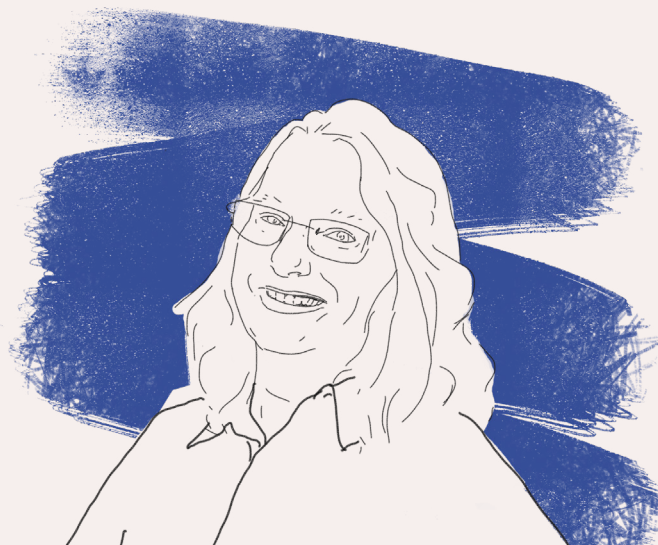
Florian Schall

Ich heiße Florian Schall und bin Betriebsrat im Fonds Soziales Wien (FSW). Ich interessiere mich schon immer für wirtschaftliche und soziale Zusammenhänge, darum habe ich auf der WU Volkswirtschaft und Sozioökonomie studiert. 2014 habe ich im FSW als Controller für das Leistungsbudget begonnen. Seit 2021 bin ich als stellvertretender Betriebsratsvorsitzender freigestellt.

Wirtschafts- und Sozialpolitik interessiert mich noch immer sehr, wobei mein Faible für Zahlen in unserem linksalternativen Spektrum eher eine Ausnahme ist. Ich bin seit jeher ein politischer (aber parteiunabhängiger) Mensch und seit meiner ersten Betriebsratswahl UGLer aus vollster Überzeugung. Im ÖGB vertrete ich die UG in der Steuerkommission und dem Wirtschaftspolitischen Ausschuss. Ich habe mit Gleichgesinnten die UG*youunion gegründet und bin seit 2024 Mitglied diverser Gremien der Gewerkschaft youunion. Außerdem bin ich seit 2024 AK-Rat für unsere GEMEINSAM AUG/UG-Fraktion und Mitglied im AK-Kontrollausschuss. Ich bin verheiratet und glücklicher Papa zweier Töchter, mit denen ich in Karenz war. Wenn Du öfter am Donaukanal, im Prater oder auf der Donauinsel bist, kann es laufend der Fall sein, mir zu begegnen.

Bitte eine neue Platte auflegen

TEXT **Veronika Litschel**



Auch nach der Wahl ist damit zu rechnen, dass es Druck auf die Lohnkosten gibt und Senkungen der Unternehmensbeiträge weiterhin lautstark gefordert werden.

Wir können es schon nicht mehr hören. Gebetsmühlenartig wird von konservativer und wirtschaftsliberaler Seite die gleiche Forderung erhoben. Als würde sie alle Probleme lösen, ein richtiger Wunderwuzzi sozusagen. Sei es das Budgetdefizit, die Investitionsflaute oder eben die Löhne. Viel Substanz steckt nicht dahinter.

Die Mär von mehr Netto vom Brutto

Die Lohnnebenkosten umfassen den so genannten Arbeitgeberanteil, also jene Sozialbeiträge, die Unternehmen gemessen an den kollektivvertraglichen Bruttolöhnen leisten. Diese fließen in die Sozialversicherung. Darüber hinaus werden Beiträge zur Wohnbauförderung, den Insolvenzentgeltfonds und vieles mehr geleistet. Sie sind damit ein Teil der Versicherungs- und Sozialleistungen, die insbesondere Lohnabhängige im Bedarfsfall bekommen. Sinken diese Abgaben, müssen auch Leistungen abgebaut werden. Es gibt keinen Automatismus, dass eine Senkung zu höheren Löhnen oder mehr Investitionen führt, wie diverse Schritte in diese Richtung in den letzten Jahren

gezeigt haben. Denn Investitionen hängen von Gewinnerwartungen ab. Weniger Abgaben für Unternehmen steigern im ersten Schritt einmal die Gewinne bzw. senken die Produktionskosten. Die Lohnbildung folgt aber anderen Gesetzen. Hier kommt es auf die Verhandlungsmacht der Arbeitnehmer:innen an, die stark mit der sozialen Absicherung von unselbständig Beschäftigten zusammenhängt.

Der Sozialstaat verliert

Werden also Abgaben, die dem Sozialstaat zugutekommen gesenkt, hat dieser ein Finanzierungsproblem. In der Regel endet das in einem Abbau von Leistungen. Selbst wenn die Senkungen 1:1 in Lohnerhöhungen aufgehen würde, ist noch nicht viel gewonnen. Dann haben vielleicht manche ein bisschen mehr im Börsel, dafür aber weniger Pensionsleistungen, weniger Gesundheitsleistungen und insgesamt weniger Absicherung. Als indirekte Folge davon kommen die Löhne wieder unter Druck, weil eben die Verhandlungsmacht der Arbeitnehmer:innen sinkt, da sie sozial schlechter abgesichert sind. Oder alternativ, steigen die Beiträge der Arbeitnehmer:innen für die Sozialversicherung. Im Endeffekt heißt das, wie wir es auch drehen und wenden, eine Senkung der Lohnnebenkosten belastet die Lohnabhängigen.

Was dahinter steckt

Unternehmen bzw. deren Interessenvertretungen versuchen mit dieser Forderung sich der solidarischen Finanzierung des Sozialstaats ein Stück weit zu entziehen. Argumentiert wird dies mit Wettbewerbsfähigkeit und Investitionsnotwendigkeiten. Das kann allerdings zumindest zu einem gewissen Grad als Vorwand gesehen werden. Denn es geht vielmehr um eine Umverteilung der Lasten. Natürlich sind Lohnstückkosten im internationalen Wettbewerb ein relevanter Faktor und Investitionen notwendig, auch um Arbeitsplätze zu erhalten. Dazu gibt es eine Menge Herausforderungen im Bereich neuer Energien und neuer Produktionsweisen. In vielen Bereichen werden Investitionen über Zuschüsse des Staats solidarisch finanziert. Denn das sind Steuerleistungen. Aber auch Standortvorteile wie z.B. ein gutes Gesundheits- und Bildungssystem oder eine gute öffentliche Infrastruktur wird aus diesen Mitteln finanziert. Ziehen die Unternehmen ihren Anteil heraus oder wird dieser verringert, steht weniger dafür zu Verfügung bzw. obliegt die Finanzierung noch stärker den Lohnabhängigen. Kurz gesagt, werden dann einmal mehr und systematisch Gewinne privatisiert und Kosten vergemeinschaftet.

Links bekennen!

TEXT **Vera Koller**

Links und rechts werden immer häufiger als überkommene Kategorien bezeichnet. Warum das nicht der Fall ist.

„Ich bin ganz sicher nicht links, mit diesen Linken möchte ich nichts zu tun haben, oder mit links oder rechts fange ich mir gar nichts an“ Die Abwehr einer Zuordnung zu einem politischen Spektrum wird oft nicht nur von Überzeugung getragen. Ganz im Gegenteil resultieren Ablehnungen in vielen Fällen scheinbar aus einer Befürchtung der Vereinnahmung. Zu groß ist die Verunsicherung anzuecken, oder mit einer Zuordnung zu bestimmten Schlagwörtern auch ausgeschlossen zu werden. Daher wird auch ohne genauere Analyse gern darauf zurückgegriffen „gar nichts zu sein“.

Aber nicht nur das gesellschaftliche Umfeld, sondern leider auch politische Vertreter:innen, Parteien und der politisch aktivistische Bereich, zeigen schon seit längerem Tendenzen, an diesen Begrifflichkeiten nicht anzugreifen zu wollen. Mit dem Anspruch möglichst breit aufgestellt zu sein, wird auf Umschreibungen zurückgegriffen, die Positionen im Endeffekt verwässern.



Entstehung einer Kategorisierung

Hervorgegangen aus den revolutionären Kräften der französischen Revolution wurden unter Links vorerst alle als Opposition links in der Nationalversammlung sitzenden Kräfte verstanden. Für die Linken verbindend war das Gleichheitspostulat der französischen Revolution. Sie standen für die Überwindung der bestehenden feudalen Herrschaftsformen und es einte sie die Überwindung von Ungleichheit und Unterdrückung. Die Gleichwertigkeit aller Menschen stand dabei im Mittelpunkt.

Trotz unterschiedlichster und auch teils diskursivster Prägungen in der Entwicklung der Linken ist dieser Zugang bis heute das zentrale Element: Die Macht der Mächtigen zu beschränken, die Beteiligung aller Menschen zu sichern und Klassenunterschieden entschieden entgegenzutreten.

Auch die Migrationsfrage, an der sich inzwischen vieles zuspitzt, kann anhand dieser Grundsätze schnell erläutert werden: Mensch ist Mensch und Chancengleichheit und Gerechtigkeit stehen unabhängig von Geschlecht, Alter, Religion, sexueller Orientierung und auch Herkunft zu.

Unterschiedliche Menschenbilder

Wichtig ist dabei das Verständnis von Verteilung. Nicht Almosen oder Bittstellertum und vermeintliches Wohlverhalten, sondern rechtliche Grundsätze und Ansprüche sind Grundlagen des Zugangs zu Leistungen und Versorgung.

Demgegenüber steht ein konservativerer Ansatz, der auf Machterhalt für die eigene Gruppe ausgerichtet ist. Das Eigene zu sichern, traditionell Gehörendes zu verteidigen war seit jeher Grundideologie. Aber auch zu definieren, wem was zusteht, wer welches Recht hat. Ausdruck findet das in der Abgrenzung von angeblich Anderen. Gleichheit statt Gleichberechtigung ist das Motto.

Als revolutionäre, das heißt überwindende Kräfte war es immer schon Aufgabe der Linken alte Strukturen aufzubrechen, dem traditionellen Status Quo Herrschender entgegenzutreten. Jetzt bedeutet das, in allen Schattierungen und mit vereinten Kräften, auf wissenschaftlicher Grundlage Konzepte zu entwickeln, die ein gleichberechtigtes Zusammenleben ermöglichen. Ohne weitere Zerstörung der Lebensgrundlage, hier und anderswo. Ohne Ausbeutung, Diskriminierung und autoritärer Tendenzen.

Das eine Partei von rechten Bewahrer:innen, vor allem auch ihrer eigenen Vorteile wie die FPÖ, sich als die revolutionäre Kraft im Lande stilisiert, ist daher an Chuzpe nicht zu überbieten. Ihr ging es nie darum zu überwinden, sondern lediglich ihren braven Jüngern und manchmal auch Jüngerinnen den „verdienten Anspruch“ zukommen zu lassen. Eine sich von christlicher Nächstenliebe verabschiedende türkise Gesinnungsgemeinschaft steht dem um nichts nach. Brauchtum und Tradition werden missbraucht, um das Bewahren des eigenen Vorteils zu rechtfertigen. Dies zu erklären, scheint im Diskurs auf der Straße, oder im Betrieb oft unmöglich. Es wird überdeckt von Sachzwangrhetorik und Angriffen auf Schwächere.

Veränderung aus Überzeugung

Ungeachtet aller Strömungen und politischer Differenzen steht linke Politik für Gleichberechtigung und Emanzipation. Damit folgt sie in ihrem Selbstverständnis der Gleichwertigkeit aller Menschen, der Überwindung von Klassen und dem Abbau des Ungleichgewichts der Macht, die sich auf Besitz gründet.

Gerade jetzt, wo es unter anderem zur Bewältigung der Klimakrise unumgänglich ist, unseren Umgang mit Ressourcen entscheidend zu verändern, kommt der Linken entscheidende Bedeutung zu. Das Wirtschaftssystem so zu verändern, dass es im Dienste der Menschen steht, ist dabei als ureigenste Aufgabe zu verstehen. Und damit wird auch deutlich, dass es eben nicht egal ist, wo wir stehen. Auf Seiten der offenen Gesellschaft und der Reformen zum Erhalt der Welt oder auf Seiten des Festhaltens an alten, nicht mehr greifenden Konzepten auf Kosten vieler.

Demokratie im Betrieb wagen

Über das bestehende System hinausgedacht, ist für linke Gewerkschaftspolitik der Ausbau der Demokratie im Betrieb und in der Wirtschaft ein wichtiger Bereich. Neben den unmittelbaren Mitbestimmungsrechten am Arbeitsplatz stehen Fragen der Neuausrichtung wirtschaftlicher Politiken im Zentrum. Dies bezieht sich in einem ersten Schritt auf breite Möglichkeiten der (Mit)Bestimmung bei Fragen zu den Produktionsmitteln, den Betriebsstandorten, den zu produzierenden Produkten etc. In einem zweiten Schritt stehen die Wirtschaftsdemokratie und Fragen von solidarischem Wirtschaften im Zentrum. Antrieb ist dabei das gute Leben für Alle statt der Gewinnmaximierung für Wenige.

Es geht darum zu verhindern, dass gesellschaftliche Gruppen und Gruppen von Lohnabhängigen weiter gegeneinander ausgespielt werden. Daher kämpfen wir als UG für ein global gleichberechtigtes, diskriminierungsfreies, sozial und ökologisch gerechtes Leben. Und deshalb gibt es keine einfachen Antworten, keine schnellen Schuldzuweisungen, keine Ausgrenzung im Rahmen des demokratischen Grundkonsens. Dafür viel Diskurs und die Suche nach den besten Lösungen für alle, unabhängig von Besitz und Einkommen.

Wenn wir von Extremismus sprechen, sei es Rechts- oder Linksextremismus, gibt es seit jeher Streit um die Deutungshoheit. Versuch einer Entwirrung.

Extremismustheorien

Die in Deutschland vor allem von Behörden oft verwendete Definition von Extremismus beruht auf der sogenannten Totalitarismus-Theorie. Dieses stark umstrittene Konzept geht oft einher mit dem Hufeisenmodell. Dieses Modell beschreibt eine Gesellschaft, in der die „Mitte“ als gemäßigt erscheint und es zwei Enden, zwei Extremismen gibt: den Links- und den Rechtsextremismus. Damit wird eine Verbindung zwischen den beiden Strömungen hergestellt.

Dieses Modell wird kritisiert, weil es vor allem durch Ideologie geprägt wird und die Mitte nicht definiert, sondern eine Machtfrage ist.

Rechtsextremismus

In der wissenschaftlichen Literatur zum Thema Rechtsextremismus (z.B. vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes – DÖW) wird die Rechtsextremismustheorie von Willibald Holzer angewendet. Rechtsextremismus ist nach dieser Definition kein Spiegelbild eines „Linksextremismus“, sondern eine Extremisierung bürgerlich-konservativer Werte wie Familie, Nation oder Volk. Werden diese Werte ins Extreme gedacht, mitunter auch biologisiert und eine naturgewollte Ordnung unterstellt, ist das die Gedankenwelt des Rechtsextremismus.

Extrem, radikal, rechts und links und andere Verwirrungen

TEXT Stefan Steindl

Demnach definieren folgende Merkmale den Rechtsextremismus:

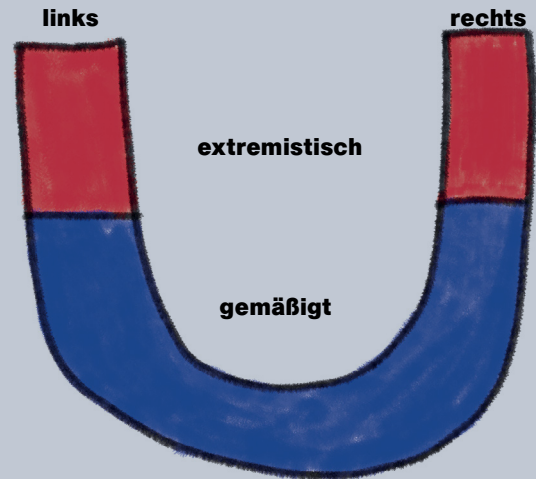
Volk und Volksgemeinschaft als ein natürlicher Organismus und eine natürliche Gliederung der menschlichen Gesellschaft. Das „Volk“ ist daher nicht eine soziologische Kategorie, ein soziales Konstrukt, sondern ein quasi lebendiges Wesen, das Attribute wie „gesund“, „stark“ einnehmen kann. Das „Volk“ bleibt im Denken der Rechtsextremen über alle Zeiten konstant (vgl. die von Rechtsextremen und Neonazis hergestellte Verbindungen des deutschen „Volkes“ zu den alten Germanen).

Ethnozentrismus, Ethnopluralismus und die Ausgrenzung des Fremden. Dort wo „Volk“ als ein natürlicher Organismus beschrieben wird, ist der Schritt sich von anderen „Völkern“ abzugrenzen, sich in Konkurrenz zu anderen „Völkern“ zu stellen, ein fast schon zwingender. Ethnozentrismus wird als Isolation des eigenen „Volkes“ begriffen, ein für Rechtsextreme notwendiger Faktor, um das Ideal des „Volkes“ aufrecht zu erhalten. Wer nicht zum „eigenen Volk“ gehört, wird in der Vorstellung rechtsextremer

Kreise als „widernatürliches Element“ verstanden. Diese „Fremden“ müssen in dieser Vorstellung ausgegrenzt und bekämpft werden. Ethnopluralismus vertritt dagegen die Vorstellung eines Lebensraums für bestimmte „Völker“. Vgl. „Deutschland den Deutschen“, „Asien den Asiaten“.

Antisozialismus, Antiliberalismus, Antipluralismus, Antidemokratismus. Wenn das „Volk“ als natürlicher Organismus wahrgenommen wird, in dem es eine natürliche Gliederung gibt und wo sich der Einzelne bedingungslos unterwerfen muss, stellt im Denken der Rechtsextremen jedes Bestreben nach Selbstverwirklichung und Individualisierung eine Bedrohung für die Volksgemeinschaft dar. Ebenso wie die Vorstellung einer klassen- oder geschlechtsspezifischen Emanzipation den Ideen des Rechtsextremismus zuwiderläuft.

Starker Staat. Die strenge und angeblich naturgewollte Gliederung der Gesellschaft in einer Volksgemeinschaft erzwingt einen starken Staat und eine



hierarchische und unumstößliche Ordnung, die jede Emanzipation der einzelnen Menschen unterdrückt.

Feindbildkonstrukte und Sündenböcke. Wer sich dieser naturgewollten Ordnung der Rechtsextremen entzieht, schadet in deren Vorstellung der Volksgemeinschaft. Insbesondere ist hier der Feminismus, der Antirassismus zu nennen. Auch Antisemitismus spielt in der rechtsextremen Ideologie eine maßgebliche Rolle.

Linksextremismus?

Die Beschreibung mancher linker Vorstellungen als „Linksextremismus“ beruht auf die irrije Vorstellung einer bipolare Sicht der Gesellschaft,

Die Beschreibung mancher linker Vorstellungen als „Linksextremismus“ beruht auf die irrije Vorstellung einer bipolare Sicht der Gesellschaft

in dem es rechte und linke Ränder gibt. Aber wie dargestellt, wird hier Rechtsextremismus als ins Extreme geführte konservative Wertvorstellungen definiert. Linke Bewegungen eint oft der Wille, die Gesellschaft vom Grund auf zu verändern (Ab-schaffung der Klassen und Nationen). Hier wäre die Definition „radikal“, im Sinne der Bedeutung „von der Wurzel her“ angebracht. So unterscheiden wir in rechtsextreme und linksradikale

Bewegungen und unterstellen keine bipolare Welt verschiedener Extremis-men.

Islamischer Extremismus?

In dem Artikel „Islamismus und Rechtsextremismus – mehr Gemeinsamkeiten als angenommen“ im Rechtsextremismusbericht von 2016, zeigt Albert Steinhauser die Gemeinsamkeiten des Islamismus und des Rechtsextremismus auf. Demnach inszenieren sich Islamist:innen und Rechtsextreme „gerne als Rebell:innen gegen herrschende Systeme: die einen gegen den Westen, die anderen gegen Regierungen, die nicht das ‚gesunde Volksempfinden‘ zur ausschließlichen Grundlage ihrer Politikgestaltung machen. Ziel ist nicht die Freiheit, sondern die Beseitigung der Demokratie, an deren Stelle eine wie auch immer geartete Gemeinschaft treten soll, der sich der Einzelne zu unterwerfen hat.“ Alles in allem eint Rechtsextremismus und Islamismus neben einer strengen Hierarchie zwei wesentliche Elemente: die bedrohte Männlichkeit und Antisemitismus.

Antisemitismus

Besonders hervorstechend bei extremistischen Gruppen, aber auch bei vielen linken Gruppen ist der Antisemitismus. Während rechtsextreme und Islamist:innen oft stolz ihren Antisemitismus vor sich hertragen, lehnen Linke entrüstet diesen Vorwurf ab (meistens).

Anders als der Rassismus, der mit einer Entwertung und Erniedrigung von Menschen einhergeht, werden Jüdinnen und Juden oft nicht herabgestuft. Im Gegenteil: sie werden als (über-)

mächtig tituliert und besonders intelligent, als Gruppe, die sich gegen die Gesellschaft verschwört. Auch wenn es hier Graubereiche gibt.

Antisemitismus dient anders als Rassismus als Welt-Erklärung, kaum eine Verschwörungstheorie kommt ohne Antisemitismus aus und ob nun Kommunismus, Krankheiten, Hitler, an allen sollen Juden und Jüdinnen schuld sein. Im Antisemitismus wird etwas „Anderes“ konstruiert, etwas „(Über-)Mächtiges“, das kein Teil von „uns“

Antisemitismus dient anders als Rassismus als Welt-Erklärung

ist, das „uns“ schaden will und im Geheimen agiert (vgl. oben „Feindbildkonstrukte und Sündenböcke“). So spricht etwa Andreas Mölzer (Think-tank der FPÖ) von der rechtsextremen Burschenschaftszeitung „Aula“ über „entortete und entwurzelte Völker, wie etwa die Juden“, die sich von den „Wirtsvölkern“ aushalten lassen würden. Antisemitismus ist somit wesentlicher Bestandteil extremistischer Theorien. Aber auch manche linke Theorien sind nicht frei davon.

Quelle Illustration:

Uwe Backes: Politischer Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten. Elemente einer normativen Rahmentheorie.S.252-253

Quelle:

- DÖW – Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstands
- stopptdierechten.at/wissen/rechtsextremismus
- erinnern.at/Rechtsextremismusbericht

Rechtsextremismus

Über gesellschaftliche Ursachen, psychologische Wirkungen und „Gegengifte“

Um was geht es?

Begriffe wie „Rechtsextremismus“, „Faschismus“, „Neonazismus“ werden im Alltag ziemlich unterschiedlich verwendet. Hier sollen nun Begriffe des „Rechtsextremismus“ so definiert werden, wie sie in den Sozialwissenschaften (insbesondere Politikwissenschaft, Soziologie, Erziehungswissenschaft, Psychologie) verwendet werden. In den deutschsprachigen Ländern haben sich Sozialwissenschaftler:innen auf folgende Konsensdefinition verständigt:

„Der Rechtsextremismus ist ein Einstellungsmuster, dessen verbindende Kennzeichen Ungleichheitsvorstellungen darstellen. Diese äußern sich

a) im politischen Bereich in der Affinität zu diktatorischen Regierungsformen, chauvinistischen Einstellungen (z. B. nationales Interesse gegen andere Länder durchsetzen) und einer Verharmlosung bzw. Rechtfertigung des sogenannten „Nationalsozialismus“,

b) im sozialen Bereich sind sie gekennzeichnet durch antisemitische (Verschwörungsglaube), fremdenfeindliche (z.B. „Überfremdung“, „Wirtschaftsflüchtlinge“) und sozialdarwinistische Einstellungen (z.B. „Recht des Stärkeren“, „wertvolles“ vs. „unwertes Leben““ (Frindte et al., 2016).

Gegenwärtige Varianten rechtsextremer Propaganda schließen dabei auch die folgenden Merkmale des Rechtspopulismus mit ein (siehe Decker & Brähler, 2018):

1. die Entgegensetzung von „Wir sind das wahre Volk“ gegen die „korrupten Eliten“ (insbesondere humanistische Politiker:innen, Aktivist:innen und Medienleute werden so denunziert),
2. Anti-Pluralismus (gegen Inklusion und soziale Bewegungen, die von rechtsextremen Wirtschaftsbildern sowie Geschlechtsrollenstereotypen abweichen),
3. Pro-Volkssouveränität (pseudodemokratische Forderung nach „direkter Demokratie“ – aber nur für die „wahren Volksglieder“).

TEXT **Wolfgang Weber**

Ursachen und fördernde

Bedingungen des Rechtsextremismus

Falls jemand ein Muster von rechtsextremen Einstellungen aufweist, bedeutet dies zwar nicht in jedem Fall, dass sie/er auch alle Merkmale eines solchen Einstellungsmusters in rechtsextreme Handlungen wie z. B. Gewalttaten und Terrorakte umsetzt. Allerdings ist die Wahrscheinlichkeit ziemlich hoch, dass sie/er eine rechtsextreme Partei wählt, bestimmte Menschengruppen heimlich oder offen diskriminiert oder sich an antidemokratischen Protesten beteiligt. Langfristig und in der Summe mit Anderen trägt sie/er damit zur Gefährdung oder gar Zerstörung einer demokratisch-republikanischen Gesellschaft bei, wie das in den 1930er Jahren in Österreich und Deutschland bekanntlich der Fall war.

In Wissenschaft und Politik findet sich eine Vielfalt von konkurrierenden Erklärungsansätzen dazu, was rechtsextreme Gesellschaften und entsprechende individuelle Motivationen verursacht. Diese Unübersichtlichkeit ist jedoch auch wieder einfach: Die vorliegenden Befunde der (Rechts-)Extremismusforschung belegen, dass ganz unterschiedliche Erklärungsansätze und Interventionsmethoden Gemeinsamkeiten haben. Je nach den vorliegenden regionalen oder lokalen institutionellen, sozialen und kulturellen Bedingungen sollten deshalb situationsspezifische Ursachen identifiziert und Ressourcen sowie geeignete Maßnahmen bestimmt werden (Held et al., 2008). In der Kürze dieses Beitrags kann ich leider nur einige wichtige Ansätze und Befunde einbeziehen.

Politisch-ökonomische und kulturelle Ursachen:

Durch ökonomische Krisen und Umstrukturierungen (z. B. Digitalisierung) entstehen wirtschaftliche und soziale Entbehrungen (in der Arbeiter:innenklasse) sowie Verunsicherungen und Abstiegsängste (in der „Mittelschicht“).

Dass dies rechtsextreme, insbesondere fremdenfeindliche Einstellungen und eine Abwertung von angeblich „Leistungsschwachen“ fördert (Modernisierungsverliererthese; Heitmeyer, 2018), konnte in mehreren Längsschnittstudien gut belegt werden. Ebenso gut belegt ist die Cultural Backlash-Hypothese von Inglehart (Rippl & Seipel, 2018): Die Globalisierung bewirkt, neben wirtschaftlichen, auch enorme kulturelle Wandlungsprozesse in kapitalistischen Gesellschaften. Durch die zunehmende Vielfalt von Lebensstilen, Werten und Ethnien fühlen sich Menschen aus allen Klassen und Schichten in ihrer individuellen und sozialen Identität bedroht. Zahlreiche versuchen sich gegen die subjektiv empfundene „Bedrohung“ zu schützen, indem sie rechtsextreme Organisationen unterstützen und sich an diese auch gefühlsmäßig binden. Schließlich hat auch die stark zunehmende sogenannte „neoliberale“ Politik in Gesellschaft und Unternehmen einen gewissen Einfluss darauf, dass Personen rechtsextrem werden. Der Rückzug des Staats aus der sozialen Regulierung der Wirtschaft, Sozialabbau, die kapitalistisch zugerichtete Ökonomisierung aller Lebensbereiche (z. B. „Humankapital“, „Selbstopтимierung“), Lobbyismus, leistungslose Finanzspekulation und -korruption führen zum politischen Vertrauensverlust und Verdrossenheit bei bestimmten Bürger:innen (Postdemokratiethese von Crouch, siehe Rippl & Seipel, 2018).

Erziehungsverhalten:

Nicht nur aktuelle Lebensbedingungen, sondern auch in der Vergangenheit liegende psychologische Umstände können rechtsextreme Einstellungen mit verursachen (siehe Hopf, 2000). So kann ein autoritärer Erziehungsstil der Eltern, z.B. Machtbehauptung, körperliche Strafen, gefühlsmäßige Kälte und eine fehlende Bereitschaft, Gebote zu begründen, bewirken, dass die Kinder wenig Unterstützung bei Identitätskrisen oder Selbstwertproblemen in ihrer Jugend bekommen und später rechtsextreme Motivationen entwickeln. Rechtsextreme berichten auch häufig davon, dass ihre Beziehungen zu den Eltern stark durch ökonomische Interaktionen (Belohnung oder Strafen mittels Ge-

schenken/Geld) geprägt waren. Dies könnte auch die permanente Frustration und Wut mancher Rechtsextremer erklären, die sich durch angeblich privilegierte Flüchtlinge oder andere Gruppen zu-kurz-gekommen fühlen. Dagegen kann ein unterstützender und demokratischer Erziehungsstil nachweislich dazu beitragen, spätere rechtsextreme Einstellungen von Kindern zu verhindern und demokratische und prosoziale Orientierungen zu fördern. Kennzeichnend sind hier ein liebevoller Umgang miteinander, die Begründung elterlicher Forderungen, das Aufzeigen von sozialen Folgen des kindlichen Verhaltens (Empathieförderung) und zunehmende Mitentscheidung und Autonomie der Kinder in der Familie.

Einfluss von Schule und Bildung:

Wird das jeweilige Schulklima geprägt durch autoritäres Lehrverhalten, überzogene fachliche Leistungsanforderungen, den starken Vorrang der Vermittlung von technischem und formalen Wissen und starker individualistischer Konkurrenz (Simulation radikalkapitalistischer Praktiken), dann erhöht auch dies das Risiko, dass Schüler:innen rechtsextreme Orientierungen ausbilden. Ein wirksames Gegenmittel gegen ein solches „vergiftetes“ Schulklima bilden demokratische Schulen, in denen die Förderung von Empathie, moralischer Kompetenz und gegenseitiger Hilfe gleichrangig mit anderen Lernzielen ist (siehe Oser & Althof, 2001). Dies hilft auch dabei, den möglichen Einfluss von rechtsextremen Gleichaltrigengruppen auf die Schüler:innen zu neutralisieren. Durch die Forschung vielfach gezeigt wurde auch: Je höher der formale Bildungsabschluss einer Person ist, desto geringer ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie rechtsextreme Einstellungen aufweist.

Ein wirksames
Gegenmittel gegen ein
solches „vergiftetes“
Schulklima bilden
demokratische Schulen

Einfluss von Gleichaltrigengruppen:

Auch rechtsextreme Gleichaltrige können bewirken, dass jüngere Menschen in den Rechtsextremismus abrutschen. Besonders gefährdet sind Jüngere mit Identitäts- oder Selbstwertproblemen, die sich nach einer Gemeinschaft mit verbindlichen Werten sehnen. Solche „Deutungsgemeinschaften“ bieten den Suchenden dann eine Illusion von „Sicherheit“, „Macht“ und ein simples-rigides Freund-Feind-Weltbild, aber auch soziale Bindungsmöglichkeiten, Unterstützung und jede Menge aggressiver „Action“ und kollektive Identität in Form einer intoleranten und nicht hinterfragbaren „Wahrheit“ und Verschwörungsideologie (Frindte et al., 2016; Peham, 2024). Wenn Menschen in solchen rechtsextremen (häufig Gleichaltrigen-) Gruppen mitwirken, wird deren „positive“ Vorbildfunktion und normativer Druck sich anzupassen, immer stärker und geht schließlich in ihre Identität ein. Werden sie durch anders geartete Lebenspraktiken oder demokratisch-humanistisch orientierte Argumentation herausgefordert, begegnen Rechtsextreme dem häufig mit psychischer und physischer Gewalt, weil sie sich in ihrer neuen Identität bedroht fühlen.

Bedeutung von Wirtschaft und Arbeit

Inzwischen zeichnet sich in der Forschung auch immer stärker ab, dass Manager:innen und Mitarbeiter:innen mit „neoliberalen“ ideologischen Überzeugungen (z. B. Menschen werden als „Humankapital“ instrumentalisiert, starker Egoismus und Konkurrenzorientierung) in stärkerem Ausmaß auch rechtsextreme Einstellungen aufweisen als andere Arbeitende (Unterrainer et al., 2024). Dies geht sicherlich auch auf radikale Medien- und Marketinginhalte im Alltag sowie auf entsprechende Kultur- und Führungspraktiken sowie Belohnungssysteme in Unternehmen zurück. Hingegen scheint die Arbeit in demokratischen, häufig beschäftigteneigenen Unternehmen sowie in solchen mit starken Betriebsräten in gewissem Ausmaß ein – noch stark unterschätztes – Präventionspotenzial zu haben: Die in solchen Betrieben Arbeitenden weisen stärker ausgeprägte prosoziale und demokratische Handlungsbereit-

Wir sollten nicht vergessen, dass die Mehrzahl der Wähler:innen in Österreich bis in die Gegenwart keine ausgeprägt rechtsextremen Parteien wählt.

schaften auf als die Beschäftigten in anderen Betrieben. Deshalb überraschen die kontinuierlichen Angriffe rechtsextremer Parteien auf die Arbeiterkammern, Gewerkschaften und Beschäftigtenrechte auch in Österreich keineswegs.

Destruktive sozialpsychologische Mechanismen

Die rechtsextreme Agitation verwendet – bewusst oder unbewusst – Inhalte und Techniken, die als Mitverursacher von Massengewalt und der Zerstörung ganzer Gesellschaften wissenschaftlich identifiziert wurden (Staub, 2003). Charakteristisch hierfür ist z.B.

- die moralische Rechtfertigung der eigenen aggressiven, diskriminierenden oder zerstörerischen Reden und Handlungen (z.B. durch Berufung auf einen „höheren“ moralischen oder sozialen Zweck oder die „völkische Ehre“)
- die Abschiebung der eigenen Verantwortung auf „höhere Mächte“, Vorgesetzte, die „Volks-Gemeinschaft“, „historische Notwendigkeiten“ oder durch starke Arbeitsteilung zwischen den beteiligten Täter:innen.
- die Vernachlässigung oder Verfälschung der Folgen des eigenen Handelns (z.B. Verharmlosung „Säuberung“, „Re-Migration“)
- die Entmenschlichung der angegriffenen Personengruppe (z.B. „Parasiten“, „Sozialschmarotzer“, Stacheldrahtzäune für Flüchtlinge)
- Täter-Opfer-Umkehr, d.h. die Opfer werden für das erlittene Unrecht selbst verantwortlich gemacht
- Schaffung eines Bedrohungsszenarios (z.B. Überbewertung von spektakulären Einzelfällen)

Solche Agitationstechniken sprechen häufig unbewusste antisoziale Bedürfnisse und tief emotional verankerte Rache- und Vergeltungsgelüste an, für deren Entstehung die Opfergruppen gar nicht verantwortlich sind. Vielmehr werden die Opfergruppen durch die rechtsextreme Propaganda in eine Sündenbockrolle gedrängt. Diese dient einerseits der Masse der rechtsextremen Gefolgschaft, ihre

aufgestauten aggressiven Impulse abzureagieren. Andererseits dient die konstruierte Sündenbockfunktion dazu, von tatsächlich erlittenen Kränkungen und Ungerechtigkeiten abzulenken, die mit dem nichtdemokratischen kapitalistischen Wirtschaftssystem, aber auch mit der autoritären Unterstellung in rechtsextremen Organisationen zusammenhängen. Historische Studien von Theweleit (2015) und die sozialpsychologischen Untersuchungen von Staub (2003) belegen, dass die genannten Techniken des moralischen Ausschlusses und der Enthemmung über hochemotionalisierte massenhafte Aufschaukelungsprozesse sogar eine wesentliche Mitursache von Massengewalt, Kriegen und Genoziden bilden können. Schon früher spielten skrupellos eingesetzte Massenmedien hierbei eine zentrale Rolle, die heute durch bestimmte „soziale Medien“ noch wirksamer wird.

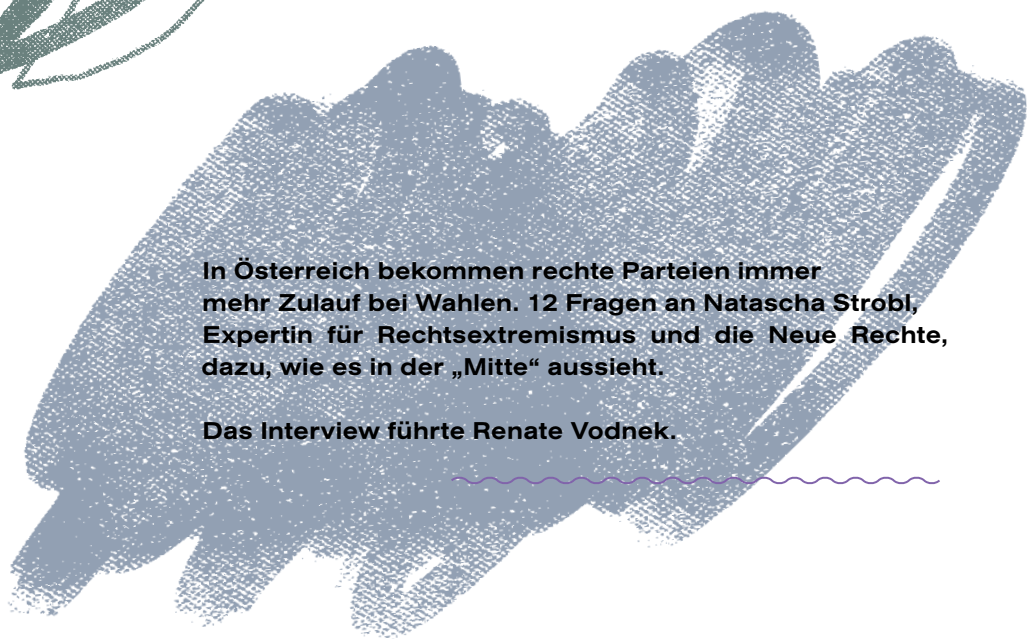
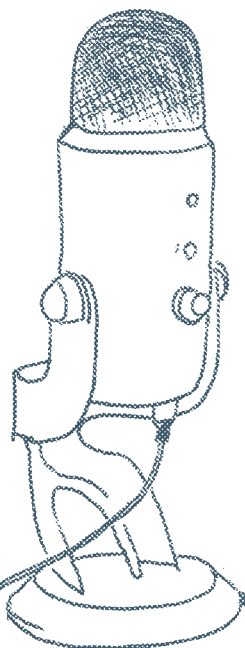
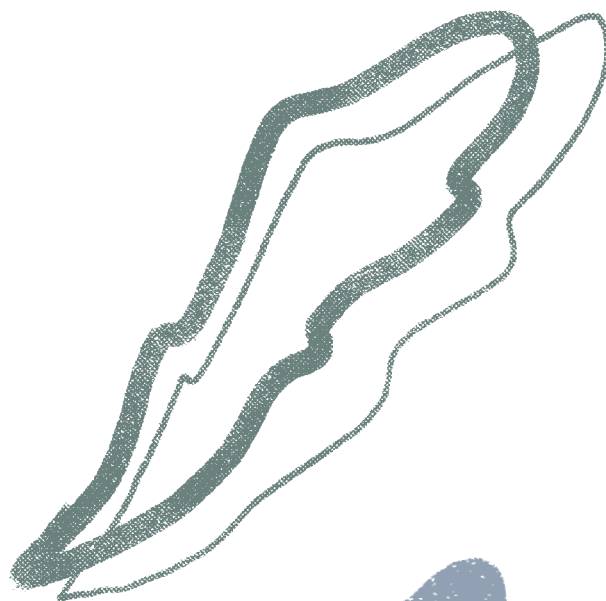
Nach den berichteten negativen Tatbeständen eine gute Nachricht: Wir sollten nicht vergessen, dass die Mehrzahl der Wähler:innen in Österreich bis in die Gegenwart keine ausgeprägt rechtsextremen Parteien wählt. Maßnahmen gegen den Rechtsextremismus können somit jetzt noch vermutlich einen wesentlich stärkeren Bevölkerungsanteil ansprechen und zur Unterstützung von demokratischer Gegenwehr animieren als dies in mehr oder weniger „postdemokratischen“ Gesellschaften wie Ungarn, den USA oder Russland gegenwärtig möglich wäre. Zur Gegenwehr tragen sowohl die öffentliche Aufklärung über verborgene Ursachen, zu befürchtende Folgen und Agitationstechniken des Rechtsextremismus bei als auch – möglichst kollektiv – gezeigte Zivilcourage dort, wo menschenfeindlich agitiert oder diskriminiert wird (auch ggf. im eigenen Bekanntenkreis). Auch – möglichst häufige – Massendemonstrationen können zu einem politischen Klima beitragen, das bisher Unentschlossene ermutigt, sich der Verteidigung zivilisatorischer Grundwerte anzuschließen und den Glauben zumindest von manchen einfachen Mitläufer:innen an die „moralische“ Legitimität oder die „Wir-sind-das-Volk“-

bzw. die bereits vom Nazi-Faschismus eingesetzte „Volkskanzler“-Ideologie rechtsextremer Parteien verunsichern. Bestimmte der genannten Ursachen des Rechtsextremismus lassen sich allerdings nur langfristig, nämlich durch eine Veränderung von Wirtschaftspolitik, bestimmten ökonomischen Prinzipien und Demokratisierungsmaßnahmen im Bildungssystem und in den Unternehmen beseitigen.

Literaturempfehlungen:

- Decker, O., & Brähler, E. (Hrsg.) (2018). Flucht ins Autoritäre: Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft. Die Leipziger Autoritarismus-Studie 2018.
- Heitmeyer, W. (2018). Autoritäre Versuchungen. Suhrkamp.
- Held, J. et al. (2008). Rechtsextremismus und sein Umfeld. Eine Regionalstudie. VSA.
- Hopf, C. et al. (1995). Familie und Rechtsextremismus. Juventa.
- Oser, F. & Althof, W. (2001). Moralische Selbstbestimmung. Klett-Cotta.
- Peham, A. (2024). Rechtsextremismus und Jugend – jugendlicher Rechtsextremismus? WISO, 47(1/2), 92-106.
- Rippel, S. & Seipel, C. (2018). Modernisierungsverlierer, Cultural Backlash, Postdemokratie. Was erklärt rechtspopulistische Orientierungen? Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 70, 237-254.
- Staub, E. (2003). The Psychology of Good and Evil. Cambridge University Press.
- Theweleit, K. (2015). Das Lachen der Täter: Breivik u. a. Psychogramm der Tötungslust. Residenz.
- Unterrainer, C., Hornung, S., Höge, T., & Weber W. G. (2024). Die Arbeitswelt als Arena der Demokratie? Das demokratieförderliche und demokratiegefährdende Potenzial von Wirtschaftsunternehmen. WISO, 47(1/2), 35-56.

Werden sie durch
anders geartete
Lebenspraktiken oder
demokratisch-humanistisch
orientierte Argumentation
herausgefordert, begegnen
Rechtsextreme dem häufig
mit psychischer und
physischer Gewalt



In Österreich bekommen rechte Parteien immer mehr Zulauf bei Wahlen. 12 Fragen an Natascha Strobl, Expertin für Rechtsextremismus und die Neue Rechte, dazu, wie es in der „Mitte“ aussieht.

Das Interview führte Renate Vodnek.

Wie siehst du die Entwicklung in Österreich, ist die „Mitte“ mehr rechts positioniert als früher?

Das kommt darauf an, was und wen man als Mitte versteht. Man kann sagen, dass es einen Rechtsrutsch des Konservatismus unter Sebastian Kurz gegeben hat. Tendenziell haben die beiden stabilisierenden Parteien (SPÖ, ÖVP) an Einfluss und Stimmanteil verloren.

Was ist der Unterschied der ÖVP vor Sebastian Kurz, der Periode Kurz und jetzt?

Die ÖVP hatte, wie alle konservativen Parteien, eine Identitätskrise. Wozu braucht es so eine Partei noch im 21. Jahrhundert und was bedeutet Kon-

servatismus überhaupt im Hier und Jetzt. Ein Teil des Konservatismus, darunter Sebastian Kurz, beantwortete dies mit einer Radikalisierung nach rechts. Nach der Ära Kurz versuchte man, das wieder ein wenig zu kitten, befand und befindet sich aber wieder in dieser Identitätskrise. Das haben die verzweifelte Versuche gezeigt,

Die ÖVP hatte, wie alle konservativen Parteien, eine Identitätskrise.

Nehammer erst als Familienvater, dann als Militärkommandant, dann als Kurz 2.0 usw. zu framen. Man hat die eigene Identität erneut gesucht.

Ist das karitative Lager, denen Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit wichtig sind, durch die ÖVP noch vertreten?

Diese Tradition gibt es nach wie vor, vor allem im katholisch geprägten Flügel. Die Praxis in den Gemeinden ist oft eine ganz andere als das, was die Spitze der ÖVP predigt. Das zeigt sich vor allem im Westen, wo es in kleinen Ortschaften am Land viele Pfarrgemeinden gibt, die Flüchtlinge aufgenommen und sich für Integration eingesetzt haben. Diese Leute verstehen sich aber selbstverständlich auch als konservativ oder als Teil der ÖVP. Hier gibt es eine Bruchlinie, die (noch) zugehalten wird.

Welche Rolle spielt Hans Peter Doskozil in der SPÖ, welche Auswirkungen hat seine Positionen und seine Art und Weise Politik zu machen auf die SPÖ und die Meinungen der SPÖler:innen?

Es gibt drei Flügel in der SPÖ, die bei der Mitgliederabstimmung klar ersichtlich wurden. Es hat sich gezeigt, dass alle drei Flügel ca. gleich stark sind. Doskozil ist sehr stark in den Ländern und den dortigen Funktionär:innen verhaftet. Babler bei der Basis. Der Einfluss aller Flügel ist selbstverständlich gegeben. Aber es wäre absurd zu glauben, dass eine Person irgendetwas vorgeben kann, an das sich alle anderen dann ohne Widerspruch halten. So funktionieren demokratische Großparteien nicht.

Welche Auswirkungen hat der vorhandene (inszenierte) Richtungsstreit auf potentielle Wähler:innen?

In erster Linie hat es mobilisiert. Demokratie mobilisiert, weil sie zum Mitmachen einlädt. Auch wenn es so nicht geplant war, so war der Wahlkampf und die Abstimmung ein Glücksgriff für eine Partei wie die SPÖ, weil sie sie geöffnet hat und Leute eingeladen hat, eine Stimme abzugeben, die auch was zählt.

Manche Politiker:innen sagen die Positionen dürfen nicht zu links / „realitätsfern“ sein (z.B. in der Frage von Asyl), weil sonst die Menschen FPÖ wählen. Wie siehst Du dieses Argument?
Das halte ich für ein Nullargument. Keine Positionen sind realitätsfremder als jene der FPÖ. Das weiß sie auch selbst. Sie treten auch nicht an, um diese real sachbezogen umzusetzen. Wenn man schon mit einem Kompromiss in die Diskussion geht, dann bekommt man am Ende den Kompromiss des Kompromisses. Und dafür können sich dann die Wenigsten begeistern.

Was verfolgen Politiker:innen wie Doskozil, sind das ihre Positionen oder wollen sie ein Maximum an Stimmen?

Doskozil hat eine Machtstrategie, die im Burgenland gut funktioniert. Er möchte diese 1:1 auf den Bund umlegen. Diese lautet, Gesellschaftspolitik mehr oder minder aufzugeben und dafür ein ordentliches sozialdemokratisches Sozial- und Wirtschaftsprogramm zu installieren.

Sind die Wähler:innen mehr nach rechts gerückt oder liegt es am Angebot der Parteien und deren Positionen?

Der ganze politische Diskurs ist nach rechts gerückt, vor allem auch der mediale. Dazu kommt die Kulturkampfstrategie der extremen Rechten in den sozialen Medien, die ihr übriges tut. Wir erleben eine schleichende Faschisierung der Gesellschaft. Was vor einigen Jahren undenkbar war, ist heute normal.

Wir erleben eine schleichende Faschisierung der Gesellschaft. Was vor einigen Jahren undenkbar war, ist heute normal.

Welche Rolle spielen die Medien, welchen Einfluss haben sie auf die Politik und die Gefühlslagen der Menschen? Und inwieweit beeinflusst das auch das Stimmverhalten bei Wahlen?

Klassische Medien verlieren an Bedeutung, sind aber nach wie vor Gatekeeper. Gerade in unübersichtlichen Situa-

tionen haben sie nach wie vor eine Leuchtturmfunktion. Deswegen ist es so wichtig, dass sie keinen Zweifel an ihrer Integrität und Unabhängigkeit aufkommen lassen. Inerate, merkwürdige Medienförderungen und politische Postenbesetzungen sind genauso schädlich wie die ständigen Angriffe der extremen Rechten.

Was kann man dagegen machen? Welche Maßnahmen müssten getroffen werden, damit die Mitte nicht immer weiter nach rechts rückt?

Das ist eine politische Frage und sie muss politisch beantwortet werden. Um Mehrheiten kann man ringen und werben. Demokratie muss man verteidigen. Es hilft nicht wehleidig und fatalistisch alles für verloren zu erklären. Die Fenster in die Zukunft sind weit offen, es muss nicht alles furchtbar werden.

Wie könnten in Österreich linke Mehrheiten entstehen, was braucht es dafür?

Linke Kräfte müssen sich drei Fragen beantworten. Wo stehen wir? Wo sollen wir hin? Wie kommen wir am besten von A nach B? Wer schon an der ersten Frage scheitert, kann auch keine vernünftige Politik machen. Im nächsten Schritt braucht es (Zweck-)Allianzen und Mehrheiten. Das bedeutet auch, Befindlichkeit hinten zu stellen.

Was muss man tun, dafür, damit die Zukunft besser wird?

Überzeugen, werben, reden, handeln. Es ist keine Zeit für Defätismus und Zynismus. So viele Leute arbeiten schon an dieser besseren Welt. Wer ein demokratisches Bild von Gesellschaft hat, der wartet nicht auf eine Person, die im Fingerschnippen eine bessere Welt zaubert. Es geht nur, wenn alle so viel dazu beitragen wie sie können. Und dann sieht man auch, dass das schon sehr viele Menschen sind.

Vielen Dank für das Interview!



UND-HAT DIR MEIN FOTO GEHOLFEN-SEINE ROLLE FÜR UNSERE ARBEITSGRUPPE ZU ZEIGEN?

FÜR'S JUBILÄUM

ICH HABE DEN IDEALEN AVSSCHNITT GEWÄHLT.

HIER SIEHT MAN IHN ALS STARKEN, UNABHÄNGIGEN ANFÜHRER.

NUR ER ALLEINE KONNTE ES SCHAFFEN.



...DEN REST KÖNNEN
WIR NICHT BRAUCHEN.

WIRF ES
HALT WEG!



IST JA NICHTS
MEHR WERT

HEUT.
WIR KONNTEN
ES NUR GEMEINSAM
SCHAFEN

WENN DU IHN RAUS-
SCHNEIDEST - DANN IST ES
NICHT MEHR UNSERE
GESCHICHTE
SONDERN

- EIN MÄRCHEN.
ICH WILL ABER KEIN
MÄRCHEN ERZÄHLEN. SONDERN
WIE WIR ES ZUSAMMEN
BIS HIER HER
GESCHAFFT HABEN.

Soziale Medien verändern unsere Kommunikation und Meinungsbildung. Was bedeutet dies für Gewerkschaften?

TEXT Florian Schall

Social Media im politischen Diskurs: ja, aber professionell!

Einhalb Jahrzehnte „soziale“ Medien zeigen: Eine Einordnung auf einer Skala von „gut“ bis „böse/schlecht“ greift zu kurz. Ja, der öffentliche Diskurs (beispielsweise auf Facebook, der reichweitenstarken Plattform der Alten und schnell Gealterten) polarisiert zunehmend: Zahlreiche User:innen verlassen öffentliche Plattformen und ziehen sich in kleine private Chatgruppen zurück. Gleichzeitig formen sich verbliebene Online-Communities zu resonanzkörperartigen Filterblasen, in denen jede noch so abstruse Meinung positiven Widerhall findet. Verschwörungsaufklärer:innen und Kommunikationswissenschaftler:innen zufolge handelt es sich polemisch gesprochen, um Selbstbestätigungsmaschinen der Abgehängten und Frustrierten. Will man dort wirklich sein? Privatpersonen mögen sich diese Frage ernsthaft stellen und gegebenenfalls negativ beantworten. Für gewerkschaftspolitische Akteur:innen ist es schwieriger: Als Gewerkschaftsfraktion sind weder resignative Abwendung noch weltfremdes Ignorieren eine *ernsthafte* Option. Erstens gilt es, die genannten *Abgehängten und Frustrierten* mit einer positiven Vision, einem progressiv-linken Weltbild zu erreichen und den Diskurs nicht rechten und esoterischen Verschwörungsschwurbler:innen zu überlassen. Zweitens besticht der virtuelle Kommunikationsraum durch seine multimedialen Kreativitätsmöglichkeiten und unbegrenzter Skalierbarkeit. Es gilt also, reichweitenstarke Kanäle zielgruppenorientiert zu bespielen! Die vergangenen Jahre machen deutlich: das *richtige* Bespielen von Social-Media-Kanälen ist keine halblustige Nebenbeschäftigung, sondern professionelle Öffentlichkeitsarbeit. Die Entscheidung ist eine grundsätzliche: Stehen Know-how und Zeitrressourcen für eine professionelle Social-Media-Präsenz zur Verfügung oder nicht? Oder hält man es im Sinne von Toni Polster: „Entweder, oder. Also entweder *voll – oder ganz*“?

TEXT Sonja Müller

Hass und Fake News im Netz

Für und wider die Verwendung von social media zum Meinungsaustausch und niederschweligen Kontakt

Der zentrale Vorteil von social media ist offensichtlich. Sie ermöglichen eine schnelle und einfache Kommunikation. Das betrifft alle Bereiche unseres Lebens. Onlinemeetings in der Arbeit, der weltweite Austausch von Forschungsergebnissen und damit ein gezieltes Interagieren, der Austausch mit Familie und Freunden oder auch die spezifische Kommunikation mit der erwünschten Zielgruppe. Die kommunikativen Möglichkeiten durch social media haben sich deutlich vergrößert.

Demokratiepolitisch problematisch ist die Verwendung von Falschinformationen, insbesondere die gezielte Verwendung von Desinformation als politisches Instrument. Hier geht es darum mit emotional aufgeladenen Worten nicht nur mehr „likes“ zu generieren, sondern Emotionen zu kanalisieren. Falschmeldungen sind häufig so gemacht, dass sie bestehende Vorurteile bestätigen.

Wissenschaftliche Untersuchungen haben gezeigt, dass Menschen, die an Verschwörungserzählungen glauben – unabhängig von ihren politischen Überzeugungen – hier besonders gefährdet sind.

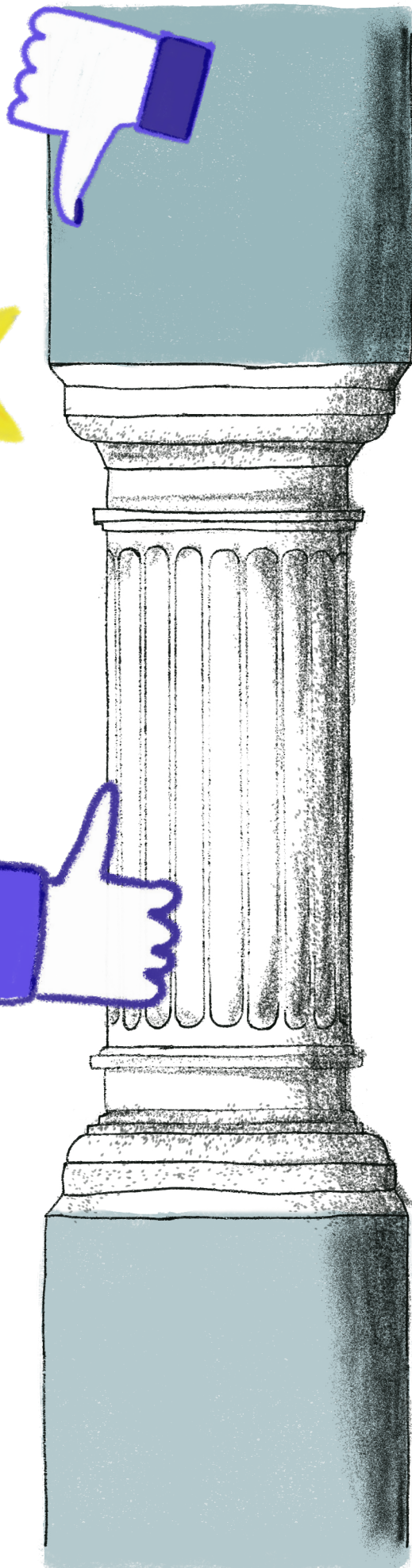
Fragen, die für das Fortbestehen einer Demokratie wesentlich sind, lauten daher:

Warum sind Menschen für Verschwörungstheorien empfänglich? Welche gesellschaftlichen Strategien dagegen können entwickelt werden?

Eine andere Fehlentwicklung im Bereich von social media betrifft Hasspostings.

Hier braucht es Aufklärungsarbeit auf unterschiedlichsten Ebenen, was das Agieren im Netz angeht, - mittels Kampagnen, in der Schule, als Fortbildungen in den Betrieben. „Worte sind Taten“ muss verinnerlicht werden. Wenn Meinungsfreiheit für die Herabwürdigung, die Verleumdung von Menschen missbraucht wird, muss das rechtliche Konsequenzen haben.

Langfristig wird der Nutzen von social media also davon abhängen, ob es uns als Gesellschaft gelingt, die Fehlentwicklungen wirksam gegenzusteuern.



Rechtsextrem und kein Ende

Die AfD ist erwartungsgemäß bei den Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen eine Wahlgewinnerin. Welchen Anteil haben andere Parteien daran.

TEXT Leonore Beranek

Die Mehrzahl der Debatten über die Wahlergebnisse bei den beiden Landtagswahlen in Deutschland gehen an den eigentlichen Fragen vorbei. Zum einen wird reflexmäßig auf die Ampel-Regierung im Bund losgegangen, zum anderen an der Mär von nicht demokratiegehabten und frustrierten Ostdeutschen festgehalten. Ersteres ist seltsam, letztes ignoriert, dass die AfD bei den jungen Wähler:innen am besten abgeschnitten hat.

Ergebnis einer Diskursverschiebung

Die AfD ist offenbar wählbar geworden. Das bedeutet, dass rechts-extreme Parteien und in Thüringen ein faschistischer Parteivorsitzender für ein Drittel der Wähler:innen kein Problem darstellt, Tendenz steigend. Möglich geworden ist das aber vor allem durch die konservative Fraktion, also die CDU, die sich nur halbherzig von der AfD abgrenzt. Nun hat sie zwar einen Unvereinbarkeitsbeschluss, der eine Koalition mit den Rechtsextremen ausschließt, in ihrer Rhetorik läuft sie jedoch diesen hinterher. Demokratische Grundkonzepte werden in Frage gestellt, eine Politik der Spaltung betrieben und mit einfachen Antworten und Schuldzuweisungen operiert. Alles in der Hoffnung, die Wähler:innen halten zu können, was schon seit geraumer Zeit misslingt. In manchen Themen, sei es eine geschlechtergerechte Sprache oder auch bestimmte Fragen des Asylrechts ist der Spalt zwischen den beiden Parteien nicht mehr groß. Es soll damit nicht angedeutet oder vertreten werden, dass die CDU in Deutschland auf dem Weg zu einer autoritären Partei ist, davon ist nicht auszugehen. Aber sie stellt sich auch nicht deutlich gegen diese Auswüchse.

Autoritäre Wende

Wie Arne Smesrott in seinem sehr lesenswerten Buch „Machtübernahme“ zeigt, fängt die autoritäre Wende nicht dort an, wo die Gesamtbevölkerung betroffen ist, sondern bei „besonders vulnerablen Gruppen“. Wenn also die Union (und auch die FDP) in Thüringen in das Gejammere von „linken Sprechverböten“ in Bezug auf eine geschlechtergerechte Sprache einstimmen und für ein so genanntes Genderverbot mit der AfD stimmen, folgen sie diesem autoritären Pfad. Ähnliche Beispiele lassen sich in Fragen der Zuwanderung, des Asyls, des Sozialstaats und der Arbeitslosigkeit finden, auch wenn dies (noch) auf der verbalen Forderungsebene verbleibt. Wähler:innen halten sie damit keine, das zeigt die Erfahrung. Sie machen es den Rechtsextremen aber leichter, ihre Forderungen lauthals zu schmettern und damit auf fruchtbaren Boden zu treffen.

Parallelen zu Österreich sind unverkennbar, insbesondere in der Übernahme von Forderungen und Rhetorik. Das alles sind aber keine Phänomene deutschsprachiger Länder, wie die Bestellung von Barnier zum französischen Premierminister zeigt. Hier endete der Schulterchluss der Linken mit Macron bei einem neuen Premier, der auch in Bezug auf den Front National deutlich erklärt, es gebe keine roten Linien.



Lesetipp:

Arne Smesrott: Machtübernahme. Was passiert, wenn die Rechtsextremisten regieren. Eine Anleitung zum Widerstand. Droemer Verlag, 236 Seiten. ISBN: 978-3-426-65984-7

Herausforderung für den Rechtsstaat

Die Auslieferung einer nicht binären Person aus Deutschland nach Ungarn wirft eine Reihe von Fragen auf

TEXT **Veronika Litschel**

Maja T., ein:e antifaschistische Aktivist:in und nicht binäre Person, deutsche Staatsbürger:in, wird vorgeworfen im Februar 2023 in Budapest Menschen aus der rechtsextremen Szene tätlich angegriffen zu haben. Im November 2023 hat Ungarn einen europäischen Haftbefehl gegen Maja T. erlassen, im Dezember wird sie in Berlin verhaftet und nach Dresden in Untersuchungshaft gebracht. In der Folge kommt es zu Kompetenzstreitigkeiten der deutschen Behörden, während die Anwälte vom Maja T. versuchen, die Auslieferung zu verhindern. Am 27. Juni 2024 erklärt das Kammergericht Berlin die Auslieferung für zulässig, die Anwälte geben an, am selben Tag um 17:26 Uhr von diesem Beschluss informiert worden zu sein. In der gleichen Nacht wird ihnen mitgeteilt, dass die Überstellung nach Ungarn für den 28. Juni um 6:50 Uhr, also am Morgen nach der Entscheidung, vorgesehen ist.

Die Anwälte reagieren und bringen am Morgen des 28. Juni einen Eilantrag beim Bundesverfassungsgericht

ein, dieses informiert um 8:30 Uhr die für die Auslieferung zuständige Generalstaatsanwaltschaft und entscheidet um 11:00 Uhr, dass Maja T. nicht nach Ungarn ausgeliefert werden darf. Da ist allerdings bereits zu spät, da Maja T. um 10:00 Uhr an der österreichischen Grenze an die ungarischen Behörden übergeben worden war.

Übereilung mit schweren Folgen

Warum diese Eile an den Tag gelegt wurde, lässt sich nur vermuten. Ungarn steht seit geraumer Zeit wegen seiner Rechtsstaatlichkeit und den Haftbedingungen in der Kritik. Dazu kommt die queerfeindliche Gesetzgebung und mangelhafte Rechte für LGBTQ-Personen in der ungarischen Justiz und in Haftanstalten. Dies wurde unter anderem auch vom EU-Parlament und der EU-Kommission festgestellt. Darüber hinaus wurde Ungarn von der EU-Kommission und EU-Mitgliedsstaaten mehrfach verklagt.

Die Einschätzung von Jurist:innen, die sich mit diesem Fall auseinandergesetzt haben, geht in die Richtung, dass die Auslieferung wohl nicht rechtwidrig war, obwohl es auch andere Beurteilung, insbesondere in Bezug auf der Verhalten der Generalstaatsanwaltschaft, gibt. Hier steht die Aufarbeitung noch aus. Doch stellt sich schon die Frage, warum trotz anhängigem Eilantrag beim Bundesverfassungsgericht in dieser Form vorgegangen wurde. Was wird damit bezweckt?

Von langer Hand vorbereitet

Der Eindruck, dass diese Auslieferung vorbereitet war, obwohl die gerichtlichen Entscheidungen in so kurzen Zeiträumen gefallen sind, lässt sich nicht wirklich von der Hand weisen. Um diese Aktion durchzuführen, mussten vermutlich, bevor das Kammergericht Berlin zugestimmt hatte, Beamte:innen abgestellt werden, den österreichischen Behörden die so genannte Durchlieferung und den ungarischen Behörden die Auslieferung avisiert worden sein. Das könnte die Vermutung nahe legen, dass die Überstellung von Maja T. abgeschlossen sein sollte, bevor das Bundesverfassungsgericht reagieren konnte.

Quelle:

lto.de, akweb.de, sueddeutsche.de



Gesunde Vollzeit sieht anders aus!

Wie jedes Jahr zu Schulanfang beginnt für Eltern eine herausfordernde Zeit. Dabei sind die ersten Tage bis Wochen noch von Ungewissheiten geprägt.

Erst wenn alle Stundepäne stehen, alle sonstigen Verpflichtungen absehbar sind, kann mit der Neuorientierung des neuen Jahres begonnen werden. Tagesabläufe müssen integriert werden, Termine koordiniert, Nachmittage organisiert. Es geht nicht nur um Beaufsichtigung. Während diese bei kleineren Kindern im Fokus steht, geht es bei älteren Kindern um die Unterstützung bei Tagesabläufen, das Taxi-spielen von einem Termin zum nächsten oder auch die Lernunterstützung zu Hause. Mütter und Väter sind Organisationstalente, trotzdem bedeutet jedes neue Schuljahr eine Neuausrichtung von Anwesenheits- und Abwesenheitszeiten und zusätzlichen Betreuungsbedarf.

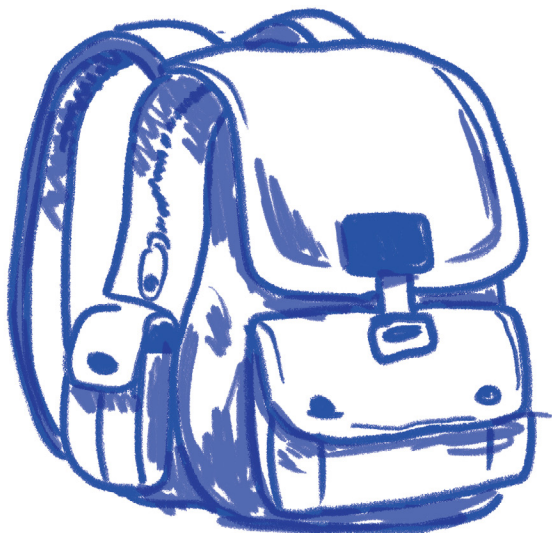
Das Arbeitsrecht bietet für die herausfordernde Situation dieser, von außen erzwungenen Neugestaltung ganzer Tagesabläufe keine Abhilfe. Mit der Koordinierung und Organisation werden Eltern alleine gelassen. Maximal ein paar mühsam zusammengesparter Urlaubstage können Freiraum für Todos bieten. Unterrichtsmaterialien besorgen, beschriften, sortieren, Altes ausmisten, die unendlich lange Liste kann beliebig erweitert werden. Kurse/Nachhilfe vereinbaren und etliches mehr füllen diese Tage.

Während es bei bis zu 7- Jährigen die Möglichkeit der Elternteilzeit gibt, wird bei älteren Kindern gerne davon ausgegangen, dass diese sich selbst organisieren. Dabei werden die Belastungen und Herausforderungen durch den terminlichen Faktor Schule in den höheren Klassen eher mehr statt weniger. Schulische Zeiten und Termine nehmen keine Rücksicht auf dienstliche Verpflichtungen der Eltern und so müssen jedes Jahr aufs Neue ohne die Unterstützung des Arbeitsrechts Vereinbarkeiten gefunden werden.

Die Schulpflicht der Kinder ist jedoch nur ein Beispiel für unzählige Unvereinbarkeiten, die sich aus den verschiedensten Lebenssituationen ergeben können. Pflege, Betreuung, Krankheit, Wohnungswechsel, Ausbildung, all diese Situationen können herausfordernd sein und zwingen Personen in nicht gewollte Teilzeitbeschäftigungen oder gar in die Arbeitslosigkeit. Neben dem zur Verfügung stellen von ausreichender Infrastruktur für Betreuung, Pflege usw., geht es um nicht mehr oder weniger als die Orientierung an unseren Bedürfnissen. Nicht die rückschrittlich gedachte Großelternkarenz ist die Antwort, sondern gesetzliche Rahmenbedingungen, die ein Anpassen der jeweiligen Arbeitszeit auf die Herausforderungen im Laufe unseres Arbeitslebens ermöglichen.

Während in Zeiten ohne Verpflichtungen auch ein mehr an Arbeitssoll leistbar scheint, kann in anderen Phasen schon das Ableisten von 25 Stunden herausfordernd sein. Was ist eine gesunde Vollzeit? Wohl eine, die uns je nach zusätzlicher Belastung auch noch Raum für anderes lässt und uns nicht in unfinanzierbare Krankenstände oder Auszeiten reißt.

Die Weiterentwicklung des Arbeitsrechts im Interesse der Beschäftigten, aber auch der Herausforderungen unserer Zeit ist schon längst geboten und sollte schleunigst in Angriff genommen werden.



Sommer! Sonne! Hitzefrei?

Die Temperaturen steigen, jeden Sommer ein bisschen mehr. In Schwimmbädern und an Badeteichen wird nach Abkühlung gesucht.

Die Wohnungen und Häuser werden untertags verdunkelt. Am Abend wird gelüftet. Doch was können wir unter der Woche tun? Fakt ist: Im österreichischen Arbeitsrecht ist kein „hitzefrei“ vorgesehen. Da kann es auch 35 Grad im Schatten haben, es gibt schlichtweg kein Gesetz dafür. Und dass, obwohl wir wissen, dass große Hitze nicht nur eine körperliche Belastung darstellt, sondern auch die Leistungsfähigkeit und Konzentration erheblich einschränkt. Konkret sinkt diese bei 35 Grad um 50 Prozent. Nicht nur die Arbeitsqualität leidet unter enormer Hitze. Nein, auch das Unfallrisiko steigt.

Was bedeutet das für die Arbeitnehmer:innen?

Vielen Menschen macht die Hitze zu schaffen. Die körperliche Belastung ist groß und kann sich bei allen Altersklassen bemerkbar machen. Schlaflosigkeit, Kreislaufprobleme, Schwindel, Kopfschmerzen, sind nur einige der möglichen Beschwerden. Die Belastung beginnt schon am Arbeitsweg. Temperaturen von 25 bis 30 Grad sind bereits in den frühen Morgenstunden nicht ungewöhnlich. Ist der Arbeitsweg dann endlich geschafft, retten sich die Glücklichen unter uns ins klimatisierte Büro. Wobei auch eine Klimaanlage nicht für alle Abhilfe schafft. Der oftmals große Unterschied zwischen Innen- und Außentemperatur belastet den Körper zusätzlich. Auch die ständige Zugluft ist nicht unumstritten und bereitet vielen Menschen buchstäblich Kopfschmerzen.

Andere Arbeitnehmer:innen müssen sich darüber erst gar keine Gedanken machen. Klimaanlage? Fehlanzeige! Das schränkt die Möglichkeiten der Abkühlung nochmals massiv ein. Oft wird alternativ ein Ventilator zur Verfügung gestellt, der kühlt die Raumluft aber nicht ab und kann nur punktuell eingesetzt werden.

Und schließlich gibt es noch jene Menschen, die im Freien arbeiten. Ihnen steht keine Möglichkeit der Abkühlung zur Verfügung. Sonnenstich, Sonnenbrand, Hautkrebs, Schädigung der Augen durch UV-Strahlen. Diesen Risiken sind sie tagtäglich ausgesetzt.

TEXT Lena Paulsteiner

Was steht im Gesetz zu diesem Thema?

Leider nicht viel. Die Arbeiterkammer fasst es so zusammen: „In Arbeitsräumen müssen raumklimatische Verhältnisse herrschen, die dem menschlichen Organismus angemessen sind...“ Eine Klimaanlage ist nicht gesetzlich festgelegt. Nur dass die Raumtemperatur mit einer Klimaanlage 25 Grad nicht überschreiten sollte. Und ohne Klimaanlage? Ja, dann soll der:die Arbeitgeber:in bitte sonstige Maßnahmen ausschöpfen, um nach Möglichkeit eine Temperaturabsenkung zu erreichen. Überhaupt liest sich das Gesetz eher wie eine Empfehlung.

Lediglich für Bauarbeiter:innen gibt es eine Ausnahme, aber auch diese ist auf freiwilliger Basis zu verstehen: „Auf Baustellen kann ab einer Temperatur von mehr als 32,5°C das Arbeiten im Freien eingestellt werden, sofern kein kühlerer Alternativarbeitsplatz zur Verfügung gestellt werden kann. Die Entscheidung darüber obliegt dem Arbeitgeber oder dessen Beauftragten.“ Bei 38 Grad Beton mischen? Leider absolut üblich. Können wir das schaffen? Nein, wir brauchen hitzefrei.

Ist das zukunftsorientiert?

Nein. Die aktuelle Gesetzeslage ist bereits jetzt nicht mehr zeitgemäß. Die Zahl der Tage im Jahr mit Temperaturen von über 30 Grad hat sich in den letzten Jahrzehnten verdoppelt bis verdreifacht. Was früher ein Hitzerekord war, wird immer mehr zur Norm. Und dabei handelt es sich um kein subjektives Empfinden. Dies bestätigen auch die Messungen der Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik. Zusätzlich zeigen Klimaprognosen, dass es von Jahr zu Jahr heißer wird. Das Problem wird sich also nicht in Luft auflösen.

Was ist die Schlussfolgerung?

Gesetzesänderung ist aktuell keine in Sicht, und dass, obwohl ein zeitgemäßes und zukunftsorientiertes Maßnahmenpaket dringend notwendig wäre. Es wird höchste Zeit umzusetzen, was der ÖGB seit Jahren fordert: eine klimafitte Arbeitswelt. Denn, die Gesundheit der Arbeitnehmer:innen muss Priorität haben.

Ist ein Sparpaket notwendig? Wir brauchen mehrere Diskussionen.

Österreich wird als offene Volkswirtschaft Zukunftsinvestitionen in Bildung, Forschung und in grüne Infrastruktur (öffentlicher Verkehr, Erneuerbare Energien) im großen Stil tätigen müssen.

TEXT Hannes Grünbichler

Warum? Da wir *de facto* über keine eigenen Ressourcen verfügen, können wir einerseits nur über „Bildung“ im internationalen Wettbewerb bestehen und andererseits entwickelt sich die energieintensive Industrie im internationalen Vergleich viel schlechter¹. Soll Österreichs Wirtschaft prosperieren, kostet es der Öffentlichkeit Geld.

Die EU-Kommission will aber über die kommenden Jahre deutliche Einsparungen von der künftigen Regierung sehen. Demnach ist zwischen 2025 und 2028 jährlich ein Betrag von etwa 2,6 Milliarden Euro einzusparen, macht in Summe 11,6 Milliarden. Es soll damit das eingespart werden, was das jährliche Bildungsbudget in etwa ausmacht². Sparpakete bremsen die Neuverschuldung, stehen aber auch für Zukunftsvergessenheit, weil wichtige Zukunftsinvestitionen ausbleiben³.

Sparsamkeit des Staates ja, aber Sparen des Staates nein.

Die Debatte über einen möglichen Sparkurs wurde durch den Fiskalrat eröffnet, als er vor einer ungünstigen Entwicklung von Österreichs Neuverschuldung warnte. Und jetzt verlangt die EU-Kommission bis Herbst einen Plan von der künftigen Regierung. Über einige Punkte wird man öffentlich diskutieren müssen, so z.B. über Erbschaftsteuern (das jährliche Erbvolumen erhöht sich von aktuell mehr als 20 Milliarden Euro bis 2050 auf mehr als 40 Milliarden Euro⁴), über eine Reform der Kapitalertragssteuer, der Grundsteuer und darüber wie die Lohnstückkosten reduziert werden können, denn an diesen wird die inter-

nationale Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandorts Österreich gemessen.

Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit

Ganz egal wer in die Regierung kommt, die Lohnnebenkosten werden zur Disposition stehen, das zeichnet sich ab. Als Gewerkschafter:innen dürfen wir uns dieser Diskussion nicht verschließen. Ja, es soll diskutiert werden, aber richtig: Diskutieren wir Arbeitskosten und faire Löhne.

Eröffnen wir die Diskussion über die Lohnnebenkosten, hier vor allem über den Wohnbauförderungsbeitrag und die Beiträge zum Familienlastenausgleichsfonds, dem FLAF. Es werden Leistungen finanziert, die *de facto* mit dem Arbeitsmarkt wenig zu tun haben. Die Arbeitskosten könnten so sinken.

Werden aber diese Beiträge der Lohnnebenkosten gekürzt, müssen die doch sinnvollen Familienleistungen aus dem FLAF und die Wohnbauförderung über den allgemeinen Steuertopf finanziert werden. Es bräuchte eine Gegenfinanzierung über vermögensbezogenen Steuern, wie die bereits erwähnte Erbschaftsteuer, Reform der Kapitalertragssteuer, der Grundsteuer, und höhere Umweltsteuern nach dem Prinzip *„tax what you burn, not what you earn“*. Das wäre sinnvoll: Entlastung des Faktors Arbeit durch einen höheren Beitrag des Vermögens und Umweltsteuern. Mit den Einnahmen erzielte man positive Umwelt- und Beschäftigungseffekte.

Das entspräche den Empfehlungen des IWF und der österreichischen Nationalbank.

Nicht ohne Gegenfinanzierung

Um Österreich zukunftsfit zu machen, braucht es Reformwillen, Sparsamkeit (aber kein Sparen) und neue Einnahmen sowie das Bewusstsein, dass es keine Studien gibt, die belegen, dass Staaten mit 60 % Schulden erfolgreicher sind als Staaten mit höheren Schuldenquoten.

Eher im Gegenteil: Die USA verzeichnen schon länger ein höheres Wirtschaftswachstum als Europa, weil sie ganz einfach mehr staatlich investieren.

Es sind Zukunftsinvestitionen in grüne Infrastruktur, in Bildung und Forschung bei „Good Governance“, die langfristig den Erfolg der Nationen sichern. Als Unabhängige Gewerkschaftsfraktion im Öffentlichen Dienst und im ÖGB müssen wir volkswirtschaftlichen Sachverstand einfordern!

1 M. Muckenhuber, Industrieproduktion - Energieintensive Branchen entwickelten sich schlechter: ÖGB Analyse 2024.

2 A. Szigetvari, Der Standard 2024, <https://www.derstandard.at/story/3000000225851/sparpaket-von-fast-zwoelf-milliarden-euro-was-auf-die-neue-regierung-beim-budget-zukommt>.

3 H. Schubert 2024, <https://www.ineteconomics.org/perspectives/blog/fiscal-reform-in-the-eu-a-dangerous-new-framework>.

4 K. Grünberger, J. Derndorfer, M. Schnetzer, WUG 2024, 50, 21.

10 Jahre makroprudenzielle Aufsicht in Österreich

Oder: Die Unterminierung der staatlichen Ordnung im Kleinen

Die makroprudenzielle Aufsicht wurde 2014 durch die Novellierung des Bankwesengesetzes und das Finanzmarktaufsichtsbehördengesetzes gegründet. Ihre Aufgabe ist es, systemische Risiken für das österreichische Banken- und Finanzsystem frühzeitig zu erkennen und gegebenenfalls zu verhindern. Damit setzte Österreich eine EU-Richtlinie und eine internationale Vereinbarung des Basler Ausschusses für Bankenaufsicht um.

Der Ausschuss kam nach der Finanzkrise 2008/9 zur Erkenntnis, dass die Stabilität einzelner Banken und anderer Finanzinstitute zwar für die Stabilität des Systems wichtig wäre, aber nicht ausreichte. Wenn, zum Beispiel, die Kreditvergabe für Wohnimmobilien stark steigt und die Preise damit in die Höhe treibt, sind die kurzfristigen Verluste der Banken oft niedrig, da sie jene Immobilien, die sie aus Zwangsvollstreckungen erhalten, ohne große Verluste weiterverkaufen können. Dadurch in Sicherheit gewogen, vergeben sie leichter Kredite und befeuern die Kredit- und Preisspirale weiter. Solchen Blasen folgten in vielen Ländern Immobilien- und Banken Krisen, die nicht nur für die Betroffenen eine private Katastrophe sind, sondern oft zu Bankenrettungen auf Kosten der Allgemeinheit führten. Die makroprudenzielle Aufsicht soll das verhindern.

In Österreich ist die makroprudenzielle Aufsicht sehr erfolgreich. Ihre Maßnahmen haben nicht nur die Stabilität des Finanzsystems trotz zahlreicher Krisen verbessert, sondern auch die internationale Wahrnehmung des Finanzplatzes verbessert. Letztlich wurde das österreichische Finanzsystem 2018 sogar in die Gruppe der stabilsten Finanzsysteme der Welt hinaufgestuft. Das verbilligt die Refinanzierung der Haushalte, der Unternehmen und des öffentlichen Sektors in Österreich.

TEXT Ludovico Lucent

Die politische Dimension bedingt strenge Regeln und politische Unabhängigkeit

Dazu greift sie in die Eigentums- und Vermögensrechte der Banken ein. Dies war früher dem Parlament vorbehalten. Es dauert aber zu lange, bei jedem Systemrisiko die entsprechenden Gesetze zu ändern. Zudem hat die Politik einen „natürlichen“ Anreiz, solche unpopulären Eingriffe zu vermeiden.

Zwischen der Wahrung der Eigentums- und Verfügungsrechte und der Stabilität des Finanzsystems wurde daher ein Kompromiss gefunden: die entsprechenden Kompetenzen sollten an ein unabhängiges Gremium ausgelagert werden. Dieses Finanzmarktstabilitätsgremium (FMSG) kann schnell reagieren. Im Gegenzug muss es sich an strenge Regeln halten und darf Maßnahmen nur setzen, wenn es notwendig ist, um erhöhte Systemrisiken zu reduzieren. Zudem muss es dem Parlament regelmäßig berichten. Weiters haben Betroffene die Möglichkeit, gegen Maßnahmen den Rechtsweg zu beschreiten.

Die Unabhängigkeit ist gefährdet

In Unkenntnis der großen Erfolge und vom oben angeführten Populismus getrieben, attackieren manche, den Banken sehr nahestehende Politiker:innen die makroprudenzielle Aufsicht. Mitglieder des FMSG, die sich dem Druck nicht gebeugt hatten, wurden aus dem Gremium entfernt. Da das Finanzministerium direkt und indirekt rund 80% der Mitglieder nominieren kann, besteht es mittlerweile zu rund 80% aus der ÖVP nahestehenden Personen. Die gesetzliche und im Europarecht verankerte Unabhängigkeit ist damit nicht mehr gegeben. Internationale Institutionen beobachten die Entwicklung mit Sorge.

Ein kleines Rädchen der staatlichen Ordnung wird so unterminiert. Isoliert wohl keine Katastrophe, allerdings symptomatisch für den Zustand des Landes.



Helene Schubert (ÖGB), Michaela Schmidt (SPÖ), Elisabeth Götze (Grüne), Rainer Hackauf (KPÖ), Moderation: Vera Koller (UG)

Wirtschaftsdemokratie und Solidarische Ökonomie

Am Dienstag, den 10. September 2024, fand in der younion Hall eine spannende Podiumsdiskussion zum Thema Wirtschaftsdemokratie und solidarische Ökonomie statt. Mitorganisiert von der UG, zog die Veranstaltung zahlreiche Besucher:innen an, die über zukunftsweisende Wirtschaftsmodelle diskutierten.

Wirtschaftsdemokratie bedeutet unter anderem, dass Mitarbeitende eines Unternehmens direkten Einfluss auf die Entscheidungsprozesse nehmen können. Beispiele hierfür sind Genossenschaften und demokratisch geführte Unternehmen. Diese Modelle zielen darauf ab, die Interessen der Mitarbeitenden zu stärken, die gerechte Verteilung von Gewinnen zu fördern und gleichzeitig zu mehr Nachhaltigkeit beizutragen.

Ein weiteres Kernthema der Diskussion war die solidarische Ökonomie. Diese Wirtschaftsform bietet eine Alternative zum profitorientierten System, indem sie Kooperation statt Konkurrenz fördert. Selbstorganisierte Initiativen, Gemeinschaftsunternehmen und Projekte der Gemeinwohlökonomie sind konkrete Beispiele, die dazu beitragen, soziale und ökologische Krisen zu bewältigen.

Unsere Podiumsdiskussion mit Publikumbeteiligung bot anlässlich der Nationalratswahl einen breiten Austausch von Ideen, Ansatzpunkten und programmatischen Konzepten zur sozial-ökologischen und demokratischen Transformation der Wirtschaft.

Teilnehmende hatten die Möglichkeit, sich aktiv mit Fragen einzubringen und in den Diskurs über die Zukunft der Wirtschaft einzutreten. Sie gab wertvolle Denkanstöße für die Neugestaltung der Wirtschaftspolitik.

Equal Pension Day

Anfang August war es mal wieder so weit, der Equal Pension Day wurde erreicht. Anlass für die UG auf die systematische Benachteiligung von Frauen aufmerksam zu machen. Für Frauen zieht sich die Doppelbelastung durch unbezahlte Care-Arbeit und schlechter bewertete Arbeitsplätze sowie fehlende Unterstützungs- und Betreuungsangebote, die zur Teilzeitarbeit führen, bis in die Pension. Der Pension Gap beträgt 40,1% und ist genau auf in dieser Schieflage begründet. Die Folge sind häufig ökonomische Abhängigkeit bis ins hohe Alter und Altersarmut.

Abhilfe ist keine Sicht. Gerade die großen Pensionsreformen der letzten Jahrzehnte mit ihren Durchrechnungszeiträumen statt der Heranziehung der besten 15 Jahre hat die Lage noch weiter verschärft. Wenn jetzt Rufe nach einer Großelternkarenz laut werden, kann davon ausgegangen werden, dass auch das wieder die Frauen, und zwar im erwerbsfähigen Alter, trifft. Dieses Bild der Großmütter in Pension ist mehr als weltfremd, vor allem in Verbindung mit der Angleichung des Pensionsalters. All diese Reformen und Vorschläge tragen die ökonomische Abhängigkeit der Frauen von Männern in sich, weiterhin wird auf Versorgungsarbeit durch wirtschaftlich nicht eigenständige Frauen gesetzt. Hier sollte es eine stärkere Solidarität und einen Aufschrei aller Frauen geben, auch jener, die nicht von Altersarmut betroffen sind oder sein werden. Oder wie es die UG-Vorsitzende und Frauenreferentin Marion Polaschek ausdrückt: Es reicht. Wir brauchen nicht mehr vom Kuchen – wir brauchen eine neue Bäckerei.

Wahlerfolg der Unabhängigen

Bei den um ein Jahr vorgezogenen Betriebsratswahlen am LKH Univ. Klinikum Graz gab es einen überwältigenden Erfolg der Liste UVA-UG (Unabhängige Vertretung für Alle). Von 30 erreichbaren Mandaten konnte die UVA-UG ihre Mandatszahl von drei auf sieben mehr als verdoppeln. Die Neuwahl war notwendig geworden, da die FCG-Mehrheitsfraktion (teamklinikum), ausgestattet mit einer $\frac{3}{4}$ -Mehrheit das Kollegialorgan auflöste. Begründet wurde dies vom FCG-Vorsitzenden Tripolt mit „Unsicherheiten“ in Zusammenhang mit den steiermärkischen Landtagswahlen.

Diese Vorgehensweise hat der FCG-Liste geschadet: sie verlor insgesamt drei Mandate und damit die absolute Mehrheit. Die UG-Liste UVA-UG konnte das beste Ergebnis in ihrer 12-jährigen Geschichte erzielen. Ein eindeutiger Arbeitsauftrag für die kommende Funktionsperiode, die parteifreie und Mitarbeiter:innen-orientierte Arbeit fortzusetzen.

Das Renaturierungsgesetz ist von fundamentaler Bedeutung

Was in den Debatten um die Zustimmung auf EU-Ebene und der vermeintlichen Majestätsbeleidigung der ÖVP fast aus dem Blick gerät: für die Erreichung der Klimaziele ist das Renaturierungsgesetz unumgänglich. Denn ohne Aufforstung, der Wiederherstellung von Mooren und naturnahen Lebensräumen wird es nicht gehen. Da ist sich die Wissenschaft und auch der Weltklimarat einig. Es können noch so fantastische Ideen zur CO₂-Speicherung, der künstlichen Veränderung von Windströmen oder Quantensprünge der Technologie gemalt werden, der Schutz und die Wiederherstellung der Natur ist der einfachste und zielführendste Weg. Darauf haben die AUGE/UG und UGÖD in ihrer Pressearbeit erneut hingewiesen, auch um die Sachorientierung wieder in den Vordergrund zu rücken und nicht durch ein Hick-Hack auf persönlicher Ebene in den Regierungsfractionen die entscheidende Bedeutung der vielfältigen und dringenden Schritte zum Klimaschutz überdeckt.

Neuigkeiten aus der UG*younion

Nach einem turbulenten Frühjahr und einer verdienten Sommerpause startete die UG*younion optimistisch und motiviert in den Herbst. Unsere 2022 gegründete wahlwerbende Gruppe in der Gewerkschaft younion (ehem. Gewerkschaft der Gemeindebediensteten) konnte im Mai bei den Gewerkschafts- und Personalvertretungswahlen in Wien und Salzburg große Erfolge erzielen. In der Stadt Salzburg wurden es zwei Mandate im Hauptgruppenausschuss I. Im Hauptgruppenausschuss I der younion Wien stellen wir derzeit fünf Mandate. In Wien sind insgesamt elf Personalvertreter:innen der UG*younion in drei Dienststellenausschüssen vertreten. Noch stärker wurden wir im ausgegliederten Bereich der Stadt Wien. Hier sind rund fünfzig Betriebsrätinnen und Betriebsräte der UG*younion aktiv, wobei wir in insgesamt sechs Betriebsratsgremien den Vorsitz stellen. Aktuell arbeiten unsere Delegierten zur Wiener Landeskonferenz an griffigen Anträgen zu Themen aus den Bereichen Kinder- und Jugendwohlfahrt, Gesundheit und Soziales sowie zur gratis Jahreskarte für den ausgegliederten Bereich. Unsere durch die Wahlen erkämpften Dienstfreistellungen werden wir in den kommenden fünf Jahren optimal nutzen, um uns weiter als starke parteiunabhängige und unkorruptierbare Kraft in der younion zu positionieren.

Die AUGE / UG beim Ernst Hofer Rasen-Boccia Gedenktturnier



Am 28. August 2024 nahm die AUGE/UG Kärnten, mit zwei Teams am Ernst Hofer Rasen-Boccia Gedenktturnier teil. Im Vordergrund stand der olympische Gedanke: „Dabei sein ist alles!“

Trotz des sportlichen Wettbewerbs kam der Spaß nicht zu kurz. Spielerinnen und Spieler genossen den Tag und freuten sich über die entspannte Atmosphäre. Neben spannenden Boccia-Partien wurde auch für das leibliche Wohl gesorgt, das bei den Teilnehmenden und Zuschauer:innen großen Anklang fand. Das Turnier hatte zudem einen wohltätigen Zweck: Der gesamte Erlös des Turniers kommt dem Nachwuchs des Magdalerer-Sportclubs zugute. Diese Unterstützung soll dazu beitragen, junge Talente zu fördern und ihnen eine positive sportliche Zukunft zu ermöglichen. Die Veranstaltung war nicht nur sportlich, sondern auch kulinarisch ein voller Erfolg und ein schönes Gedenken an Ernst Hofer.

Ankündigung AUGE/UG-Wien Landesversammlung am 23. November

Anmeldung bis 08. November an auge@ug-oegb.at
Frist für Anträge: 09. November

Neben den statutarischen Aufgaben der Landesversammlung werden wir uns einem aktuellen Thema widmen.

Genauerer zur AUGE/UG-Wien Landesversammlung (Zeit, Ort, Programm) findet ihr in aktualisierter Form auf wien.auge.or.at.

hoit di fest

**Wir bleiben bei unserer Linie:
partunabhängig, weltoffen, kritisch**

**Personalvertretungs- und
Gewerkschaftswahlen
27./28. November 2024**

**Unabhängige Gewerkschaftspolitik
stärken!**

ÖLIUG



TEXT René Schuster

Arm trotz Lottogewinn

**Viele träumen davon durch einen Lot-
to-Sechser reich zu
werden. Du auch?**

Die Wahrscheinlichkeit dafür ist schon extrem gering – sie beträgt 1:8.145.060 für jeden Tipp. Im Schnitt wurden seit 2002 für einen Lot-to-Sechser 1,6 Millionen Euro ausgeschüttet. Die reichste Person in Österreich, der Erbe Mark Mateschitz, hat mit 32,5 Milliarden Euro deutlich mehr. Also selbst mit einem Lottogewinn wärst Du nicht Teil der Reichen in unserer Gesellschaft.

Stell dir deshalb nun das Unglaubliche vor: Du hast in 21 Jahren jeden Lotto-Sechser gewonnen. Von 2002 bis 2023 wurden 1.506 Sechser ausbezahlt. Bei im Schnitt 1,6 Millionen Euro pro Gewinn ergibt das satte 2,39 Milliarden Euro. Du landest damit „nur“ auf Platz 20 der österreichischen Überreichen-Liste des Magazins Trend. Du hast immer noch 30,11 Milliarden Euro weniger als Mark Mateschitz.

Der absurde Überreichtum gefährdet den sozialen Zusammenhalt. Die Europäische Bürger:inneninitiative (EBI) „Tax the Rich“ fordert daher eine europäische Steuer auf große Vermögen – ergänzend zu nationalen Vermögensteuern.

tax-the-rich.eu

**GPA Aktion: Unser Sozialstaat.
Wichtig für uns Alle.**

Die Gewerkschaft GPA hat im September die Aktion „Unser Sozialstaat. Wichtig für uns alle.“ gestartet. Hintergrund sind die massiven Angriffe von wirtschaftsnahen „Think-Tanks“ und Lobbyisten auf den Sozialstaat. Unter dem Vorwand der „Entlastung“ von Arbeitnehmer:innen sollen Lohnnebenkosten gekürzt werden. Dabei profitierten von bisherigen Kürzungen in Milliardenhöhe ausschließlich Unternehmen. Mit den Lohnnebenkosten werden wichtige Sozialleistungen finanziert. Auf der Webseite werden die Aufgaben und die Bedeutung des Sozialstaates für ein gutes Zusammenleben in unserem Land gezeigt.

herz-fuer-soziales.at

Allianz fordert Vermögensbesteuerung auf OECD-Niveau

Anlässlich der Nationalratswahl hat sich die „Allianz für fairen Beitrag der Reichsten“ aus bislang 36 Organisationen gegründet. Sie fordert von der nächsten Regierung höhere und progressive vermögensbezogene Steuern. Das Steueraufkommen daraus soll von aktuell etwa 3 Milliarden auf zumindest 10 Milliarden Euro steigen. Damit würde der Anteil vermögensbezogener Steuern am Gesamtaufkommen auf den Durchschnitt der OECD-Staaten steigen.

beitrag-der-reichsten.at

Hunger. Macht. Profite 13

Die AUGÉ/UG unterstützt auch dieses Jahr die im Oktober und November stattfindenden Filmtage. Mit 5 Filmen tourt das Team von FIAN Österreich, ÖBV-Via Campesina, normale.at und attac durch Wien, Niederösterreich, Salzburg, Steiermark, Tirol, Vorarlberg und Oberösterreich. Zusätzlich gibt es Filmgespräche mit Expert:innen aus verschiedensten Bereichen, um gemeinsam die Filme nach zu besprechen, Lösungen zu finden und das Ernährungs- und Landwirtschaftssystem positiv zu verändern.

hungermachtprofite.at/

**UNHCR Fluchtbericht:
Unsere Mitverantwortung**

Die Härte und Abschottung der EU Migrationspolitik drängt immer mehr afrikanische Migrant:innen auf die deutlich längere und gefährlichere Atlantikroute. Das zeigt der neue UNHCR Fluchtbericht, bei dem drei Jahre lang 31.500 Menschen über ihre Erlebnisse entlang der Routen zwischen Ost- und Westafrika und Afrikas Mittelmeerküste befragt wurden.

Für den Psychotherapeuten und ehrenamtlichen Seenotretter Martin Kolek sind die Menschen in Europa in der Verantwortung: „Solange uns die Grenzen auf dem Meer so wichtig sind, dass wir meinen, sie gegen wehrlose Menschen verteidigen zu müssen, solange sind wir Mitbeteiligte an deren massenhaftem Sterben und den Traumatisierungen.“

suedwind-magazin.at

„Sezonieri“ - Kampagne für die Rechte der Erntearbeiter:innen

Rund 18.000 Menschen, vorwiegend aus Osteuropa, schuften jährlich als Saisonkräfte in der Landwirtschaft. Die Arbeitsbedingungen sind katastrophal, oft wird nicht einmal der kollektivvertragliche Mindestlohn eingehalten.

Ohne Ausbeutung würde das System nicht funktionieren – nicht zu den aktuellen Gewinnmargen der Supermarktketten.

Um diese Arbeiter:innen zu erreichen, gründete die Gewerkschaft PRO-GE 2014 die Kampagne „Sezonieri“, bei der direkt auf den Feldern muttersprachlich informiert und beraten wird. Die Gewerkschafter:innen klären auch ab, ob Arbeitsausbeutung oder Fälle von Menschenhandel vorliegen.

sezonieri.at

Comicausstellung

**„Arbeiten ohne Papiere,
aber nicht ohne Rechte!“**

Zu ihrem 10-jährigen Jubiläum präsentiert die UNDOK-Anlaufstelle eine Comicausstellung von den Künstler:innen Clara Berlinski, Valerie Bruckbögl, Petja Dimitrova, Happy Akegbeleye und Sandra Stern mit dem Thema „undokumentierte Arbeit“ bis 20. Februar, täglich von 8:00 bis 20:00.

Ort: Ausstellungsbereich des Veranstaltungszentrum Catamaran, Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien
undok.at

DANK E, MUCH!

Nach 47 Jahren legt MUCH den Stift beiseite, zumindest für die Alternative. Seit 1977 wurde so gut wie jede Ausgabe von den Cartoons begleitet, witzig, oft bissig und immer treffend. Nun ist geht diese Zeit zu Ende und in der Mitte des Hefts werden andere Illustrationen zu finden sein.

Wir sagen Danke und auch:
wir werden MUCH vermissen.

Die Redaktion





2024
~
03

TERMINE

14. November

18:00 – 20:00 online

Erfolgreich argumentieren für Care-Gerechtigkeit
Info und Anmeldung: fairsorgen.at

15. – 16. November

Konferenz: **Gemeinsam für eine
fairsorgende Wirtschaft und Gesellschaft**
fairsorgen.at

23. November

AUGE/UG-Wien Landesversammlung

Info und Anmeldung: wien.auge.or.at

29. – 30. November

AUGE/UG und UGÖD-Grundschulung für Betriebsrät:innen
Info und Anmeldung: wien.auge.or.at



Zeit für ein Alternative-Abo!

Die Zeitschrift für unabhängige
Gewerkschaftspolitik - unbedingt
solidarisch und gut.

Einfach eine Email an
alternative@ug-oegb.at
schreiben und für 17 Euro
bestellen!

Herausgegeben von

 **Unabhängige**
Gewerkschaftsfraktion

Einzelheft: 5 Euro | Abonnement: 17 Euro
Österreichische Post AG | MZ02Z031242M
AUGE/UG | Belvederegasse 10 | 1040 Wien



Druckprodukt mit finanziellem
Klimabeitrag
ClimatePartner.com/53401-2678-0009

gedruckt nach der Richtlinie
„Druckerzeugnisse“ des öster-
reichischen Umweltzeichens,
Gutenberg-Werbering GmbH, UW-Nr. 844

